

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber bzw. Ressortinhaberin:
Regierungsrat Dr. Ernst Walch bis 21. April 2005
Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ab 21. April 2005

Das Ressort Äusseres unternahm wie im Vorjahr, zusammen mit der Verfolgung von und Federführung bei anderen Schwerpunkten, eine Reihe von Aktivitäten zur Wahrung der Interessen des Finanzplatzes und der ausserpolitischen Wirtschaftsinteressen und widmete der internationalen Terrorismusbekämpfung grosse Aufmerksamkeit. Zu diesem Zweck unternahm der Ressortinhaber und anschliessend die Ressortinhaberin mehrere Dienstreisen zu Besprechungen auf bilateraler Ebene und zur Wahrnehmung der liechtensteinischen Interessen in internationalen Organisationen. Neben den beiden Regierungsmitgliedern waren das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die diplomatischen Vertretungen Liechtensteins im Ausland stark mit der Umsetzung von Massnahmen in diesen Schwerpunkten befasst und leisteten anderen Ressorts und Amtsstellen regelmässige und intensive Unterstützung.

Liechtenstein hatte in der ersten Jahreshälfte 2005 den Vorsitz in der EFTA inne und in der zweiten Jahreshälfte den EWR-Vorsitz auf EFTA-Seite.

Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses war für Liechtenstein insbesondere das Vorankommen im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung an «Schengen» und «Dublin» wichtig.

Im Bereich der Menschenrechte, die weiterhin eine hohe Priorität in den ausserpolitischen Zielsetzungen der Regierung darstellen, erfolgte die aktive Mitarbeit in den internationalen Organisationen und im Rahmen relevanter Abkommen. Die Tätigkeiten im Rahmen der internationalen humanitären Zusammenarbeit (IHZ), welche sich aus der Flüchtlings- und Katastrophenhilfe, der Wiederaufbauhilfe, der Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Entwicklungszusammenarbeit zusammensetzt, wurden im Berichtsjahr gemäss Zielsetzungen der Regierung weiter verstärkt. Der Vernehmlassungsbericht betreffend IHZ-Gesetz konnte verabschiedet werden. Die Frist zur Stellungnahme dauert bis März 2006.

Das Klageverfahren Liechtensteins gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, welches das Ressort Äusseres federführend betreut hat, wurde am 10. Februar beendet. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind in Überprüfung. Die Ansprüche Liechtensteins aufgrund der Beschlagnahme liechtensteinischen Vermögens in der früheren Tschechoslowakei bleiben weiter aufrecht.

Die Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg konnte nach rund vierjähriger Tätigkeit im April ihren Schlussbericht zu den Forschungsarbeiten über die Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg vorlegen. Die Regierung hat in ihren Schlussfolgerungen unter anderem zahlreiche Massnahmen und Projekte zur wirkungsvollen Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus angekündigt. Diese

Massnahmen wurden bereits umgesetzt oder finden sich im Verfahren der Umsetzung.

Auch die Pflege der bilateralen Beziehungen zur Schweiz und zu Österreich sowie zu Deutschland und den USA wurde fortgesetzt und es fanden diverse Treffen auf hoher Ebene, aber auch zwischen Beamten und Experten, statt.

Die Pflege der bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten kam durch Besuche im Ausland und aus dem Ausland zum Ausdruck. Per Ende 2005 sind 70 Staaten sowie der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen in Liechtenstein vertreten. Es sind zudem 10 Berufskonsularbeamte und 25 Honorarkonsularbeamte in Liechtenstein bestellt.

Die Stabsstelle Protokoll, welche vorher dem Ressort Präsidium unterstellt war, wurde gemäss Verordnung vom 21. April über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung dem Ressort Äusseres zugeteilt.

Europäische Integration und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Inkrafttreten des EWR-Erweiterungsabkommens

Das EWR-Erweiterungsabkommen, welches die Beteiligung der zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) am Europäischen Wirtschaftsraum vorsieht, ist am 6. Dezember 2005 nach der Ratifikation aller Vertragsparteien in Kraft getreten. Das Abkommen wurde bereits seit dem 1. Mai 2004 provisorisch angewendet.

Schengen und Dublin

Im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung Liechtensteins an «Schengen» (Grenzöffnung) und «Dublin» (Kooperation im Asylbereich) fanden verschiedene Treffen mit der Europäischen Kommission und den weiteren Kooperationspartnern, insbesondere auch mit der Schweiz statt. Die Regierung hat ein entsprechendes Verhandlungsmandat verabschiedet. Ziel ist eine parallele Assoziierung mit der Schweiz.

Abkommen über die Zinsertragsbesteuerung

Das im Dezember 2004 abgeschlossene Abkommen über die Zinsertragsbesteuerung mit der Europäischen Union (EU) ist am 1. Juli 2005 in Kraft getreten. Das Abkommen sieht einen Steurrückbehalt für natürliche Personen in der EU vor und einen eng begrenzten Informationsaustausch bei Steuerbetrug. Liechtenstein hat sich diesbezüglich auch die Anwendung seiner Verfassungsgesetzgebung vorbehalten. Die Rahmenbedingungen des liechtensteinischen Finanzplatzes bleiben attraktiv, zumal das Bankgeheimnis durch das Abkommen erhalten und bestätigt wird. In einem gleichzeitig mit dem Abkommen unterzeichneten Memorandum verpflichteten sich die EU und ihre Mitgliedstaaten, diesen Schritt der Zusammenarbeit liechtensteinischerseits in der weiteren Kooperation zu berücksichtigen, insbesondere bei Steuerfragen.

Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Der liechtensteinische EWR-Vorsitz im zweiten Halbjahr 2005 verlangte eine höhere Präsenz Liechtensteins bei verschiedenen Tagungen, Sitzungen und Informationsveranstaltungen, verlief jedoch ruhig. Dies war unter anderem auf den Regierungswechsel in Norwegen zurückzuführen. Zu erwähnen sind – neben dem Abschluss des Ratifikationsverfahrens bezüglich der EWR-Erweiterung – die Beitrittsgesuche von Rumänien und Bulgarien, welche im Sommer der liechtensteinischen Aussenministerin übergeben wurden.

Neben den Gesprächen zu Schengen und Dublin fanden Gespräche mit der Kommission betreffend den Einbezug Liechtensteins in das bilaterale Landwirtschaftsabkommen zwischen der EU und der Schweiz statt.

Nach längeren Verhandlungen gelang es im ersten Halbjahr, die Modalitäten der Teilnahme der EFTA-Staaten in mehreren EU-Agenturen zu vereinbaren. Solche Agenturen spielen eine immer grössere Rolle bei der Verwaltung des Binnenmarktes, vor allem in Sicherheits- und Konsumentenschutzfragen, wie z.B. eine Agentur zur Zulassung von Medikamenten, oder in den Bereichen des Lebensmittelschutzes, der Luftfahrtsicherheit, der Eisenbahnen.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

In der ersten Jahreshälfte fand am 27. Juni 2005 in Vaduz das EFTA-Ministertreffen unter liechtensteinischem Vorsitz statt. Erstmals wurde an einem offiziellen Ministertreffen eine offene, zweistündige Diskussion (ohne Protokoll) unter den Ministern im engsten Kreis anberaunt. Diskutiert wurde über die Zukunft und Prioritäten der EFTA-Drittlandbeziehungen. Diese Art der Diskussion soll auch in Zukunft vorgesehen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der EFTA-Staaten waren die Drittlandbeziehungen. Am 15. Dezember 2005 konnten die EFTA-Staaten am Rande des WTO-Ministertreffens in Hongkong ein Freihandelsabkommen mit der Republik Korea unterzeichnen. Das Abkommen deckt alle wichtigen Bereiche der Handelsbeziehungen ab, einschliesslich des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, des öffentlichen Beschaffungswesens, des Wettbewerbs und des geistigen Eigentums. Es enthält ferner Bestimmungen zur Streitbeilegung. Darüber hinaus haben die EFTA-Staaten und Korea bilaterale Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen abgeschlossen. Korea ist gleichzeitig ein Investitionsabkommen mit Island, Liechtenstein und der Schweiz eingegangen. Es wird erwartet, dass das Abkommen namhafte Vorteile für die liechtensteinische Industrie bringen wird. Die EFTA verfügt somit über 15 Freihandelsabkommen mit Drittstaaten.

Das Freihandelsabkommen mit Tunesien trat am 1. Juni 2005 in Kraft. Mit Thailand fand im Oktober eine erste formelle Verhandlungsrunde statt. Zudem wurde

mit Indonesien die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Freihandelsabkommen vereinbart, was im Jahr 2007 die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen erlauben könnte.

Welthandelsorganisation (WTO)

Im Rahmen der WTO steht die neue Welthandelsliberalisierungsrunde, die im November 2001 in Doha/Katar lanciert wurde, zur Verabschiedung an. Inhalt der laufenden Welthandelsrunde ist die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks.

An der WTO-Ministerkonferenz Mitte Dezember 2005 in Hongkong, an welcher die Ressortinhaberin teilnahm, mussten die ursprünglichen Zielsetzungen zurückgenommen werden. Stolperstein waren im Vorfeld die Agrarverhandlungen gewesen. Es wurde beschlossen, die für die Schlussverhandlungen notwendigen Modalitäten bis Ende April 2006 zu verabschieden und am Abschluss der Verhandlungen Ende 2006 festzuhalten.

Europarat

Das wichtigste Ereignis des Europarates war das dritte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Aussenminister und Aussenministerinnen der 46 Mitgliedsstaaten des Europarates am 16. und 17. Mai in Warschau. Ziel des Gipfels unter polnischem Vorsitz war es, die Grundwerte des Europarates zu bestätigen und die künftigen Ziele und Prioritäten der Organisation im Rahmen eines neuen politischen Mandats festzulegen.

An der 115. Session des Ministerkomitees, welche vom 16.- 17. November 2005 unter portugiesischem Vorsitz in Strassburg stattfand und an welcher die Ressortinhaberin teilnahm, wurden die Folgemassnahmen gemäss der Beschlüsse des dritten Gipfeltreffens festgelegt: Verstärkte Mittel für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Menschenrechtskommissar, verstärkte Massnahmen zur Förderung der Demokratie, entschlossene Bekämpfung des Terrorismus und der Korruption, Massnahmen zugunsten eines humaneren Europas und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Europarat, der EU, der OSZE und der UNO.

Der Bericht des Menschenrechtskommissars, Alvaro Gil Robles, über Liechtenstein wurde am 4. Mai im Ministerkomitee vorgestellt. Insgesamt wird die Menschenrechtssituation in Liechtenstein als sehr zufriedenstellend beurteilt. Als Verbesserungsmöglichkeiten wurden unter anderem die Stärkung der rechtlichen Stellung der in Liechtenstein lebenden Ausländer und Ausländerinnen sowie die Behandlung von Asylgesuchen und Aufenthaltsgenehmigungen erwähnt.

Der Dialog der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit der liechtensteinischen Landtagsdelegation dient dazu, sowohl die verfassungsrechtliche als auch die politische Praxis nach dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen in Liechtenstein zu überprüfen.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Das Hauptereignis in der OSZE, welche im Berichtsjahr unter slowenischem Vorsitz stand, war der 13. Ministerrat, welcher im Dezember in Laibach stattfand. Die Aussenministerinnen und -minister der OSZE-Teilnehmerstaaten beschlossen, den Dialog über die Reformbemühungen im Jahr 2006 fortzuführen. Es wurden auch gemeinsame Massnahmen in der Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens verabschiedet sowie Beschlüsse im Bereich der menschlichen Dimension gefällt.

Wie in den Vorjahren nahm Liechtenstein das OSZE-Wirtschaftsforum vom 23. – 27. Mai in Prag dazu wahr, auf die ungelösten vermögensrechtlichen Fragen in Bezug auf die Tschechische Republik hinzuweisen.

Liechtenstein unterstützte mit freiwilligen Beiträgen verschiedene OSZE-Aktivitäten, darunter ein Programm zur Wahrung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus und ein Projekt zur Vorbeugung des Frauenhandels in der Republik Moldau.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in New York

Höhepunkt der Aktivitäten der Vereinten Nationen war das Welt-Gipfeltreffen vom 14. - 16. September 2005 in New York, welches mit der Teilnahme von über 150 Staats- und Regierungschefs – darunter Regierungschef Otmar Hasler mithin der grösste Anlass in der Geschichte der UNO war. Neben Reformthemen standen Entwicklungsfragen im Mittelpunkt.

Die alljährliche Generaldebatte, an welcher die Ressortinhaberin teilnahm, fand im Anschluss an das Gipfeltreffen statt. Thematisch wurde dabei hauptsächlich auf die Schwerpunkte des Weltgipfels eingegangen. Anlässlich des Treffens der «Women Foreign Ministers», welches am Rande der UNO-Generalversammlung stattfand, wurde ein gemeinsamer Brief der Aussenministerinnen verfasst, in welchem betont wird, dass die neu zu schaffende Peacebuilding-Commission sich insbesondere auch den Anliegen von Frauen widmen und Frauen entsprechend in ihre Arbeit einbeziehen soll.

Die Ständige Vertretung Liechtensteins bei der UNO in New York setzte ihr aktives Engagement in diversen formellen und informellen UNO-Gremien fort. Im Rahmen der finanzplatzrelevanten Entwicklungen kooperierte Liechtenstein insbesondere mit der Kommission zur Untersuchung des Oil-for-Food-Programms und war gemeinsam mit der FIU für die Vorbereitung und Durchführung der Übergabe eines in Liechtenstein registrierten, dem vormaligen irakischen Regime zurechenbaren Business-Jets an die neue irakische Regierung verantwortlich.

Im Bereich Menschenrechte beteiligte sich Liechtenstein aktiv an den Verhandlungen zur geplanten Errichtung eines Menschenrechtsrates. Daneben engagierte sich Liechtenstein im Dritten Hauptausschuss der

Generalversammlung, wo es sich unter anderem für eine Bekräftigung des absoluten Folterverbots und die Anliegen des Sondervertreters des Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten einsetzte. Auch an den Verhandlungen zu einem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nahm Liechtenstein aktiv teil und übernahm erneut Vermittleraufgaben.

Liechtenstein setzte sein Engagement zur Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts fort. In diesem Bereich konnten die Verhandlungen unter liechtensteinischem Vorsitz über ein Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über den Schutz des UNO-Personals zu Ende gebracht werden.

Die Vorbereitung des Welt-Gipfeltreffens im September 2005 in New York wurde für umfangreiche Verhandlungen zur Reform der Vereinten Nationen genützt. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an dem Prozess, indem der Ständige Vertreter Liechtensteins bei den Vereinten Nationen in New York intensive Vermittlerdienste zur Frage der Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates leistete.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Genf

Bei den Vereinten Nationen in Genf stand die Teilnahme Liechtensteins an der UNO-Menschenrechtskommission vom 14. - 22. April 2005 sowie an verschiedenen Vertragsstaatentreffen im Mittelpunkt.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Wien

Im Rahmen der Arbeiten der Vereinten Nationen in Wien nahm Liechtenstein an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission, der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege sowie der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) teil. Im Juli 2005 wurde die Ständige Vertreterin Liechtensteins in Wien bei der Internationalen Atomenergiebehörde und bei der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) akkreditiert.

Liechtenstein hat im Jahr 2005 beschlossen, einen Teil der beschlagnahmten Gelder aus einem Drogendelikt den Vereinten Nationen für einen Zeitraum von vier Jahren zukommen zu lassen. Konkret soll das Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) im Kampf gegen Geldwäsche, Terrorismus, Korruption und Drogenanbaukulturen in verschiedenen Ländern unterstützt werden.

Internationaler Gerichtshof

Klage beim Internationalen Gerichtshof (IGH)

Das Klageverfahren Liechtensteins gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im so genannten Bilderfall ist beendet. Am 10. Februar entschied der IGH in Den Haag, dass das Gericht zur Beurteilung des Streits keine Zuständigkeit besitze. Der Gerichtshof hat zwar bestätigt, dass zwischen Liechtenstein und Deutschland ein Streit besteht, die Klage jedoch aus formellen Gründen – «ratione temporis» – abgewiesen und sich

zur Sache selbst nicht geäussert. Liechtenstein hatte vor dem IGH die Verletzung seiner Souveränität und Neutralität gerügt. Nach liechtensteinischer Auffassung behandelt Deutschland liechtensteinisches Vermögen auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei als deutsches Auslandsvermögen, das zur Begleichung deutscher Reparationsschulden herangezogen werden kann. Deutschland hat diese Argumentation zurückgewiesen und sich auf die mangelnde Zuständigkeit des Gerichts berufen. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind in Überprüfung. Die Ansprüche Liechtensteins aufgrund der Beschlagnahme liechtensteinischen Vermögens in der früheren Tschechoslowakei bleiben weiter aufrecht.

Historikerkommission

Schlussbericht der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg / Schlussfolgerungen der Regierung

Die Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg hat nach rund vierjähriger Tätigkeit im April ihren Schlussbericht zu den Forschungsarbeiten über die Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg vorgelegt. Die Regierung hat die Ergebnisse der Untersuchungen der Historikerkommission zur Kenntnis genommen und anschliessend ihre Schlussfolgerungen daraus gezogen. In ihren Schlussfolgerungen hat die Regierung unter anderem zahlreiche Massnahmen und Projekte zur wirkungsvollen Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus angekündigt. Die einzelnen Projekte, die bereits umgesetzt bzw. in die Wege geleitet sind, sollen vor allem einer fortgesetzten öffentlichen Bewusstseinsbildung dienen. Die Regierung hat die Ergebnisse der Untersuchungen mit grossem Respekt und im Geiste der gemeinsamen Verantwortung entgegengenommen, wie sie dies gegenüber dem gesamten Untersuchungsablauf und dem zugrunde liegenden Anliegen getan hat. Sie hat dem Landtag die verschiedenen Berichte zugeleitet, damit sich dieser als Volksvertretung mit den Ergebnissen der Untersuchungen befassen konnte. Am 18. Oktober des Berichtsjahres hat die Unabhängige Historikerkommission ihren Schlussbericht sowie die in ihrem Auftrag erarbeiteten sechs Einzelstudien in Buchform präsentiert.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ)

Mittelverwendung

Im Berichterstattungsjahr wurden für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit Liechtensteins rund CHF 18.2 Millionen Franken ausgegeben. Die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit umfasst die «Flüchtlings- und Katastrophenhilfe», die «Wiederaufbauhilfe» und die «Entwicklungszusammenarbeit». Ebenfalls berücksichtigt sind finanzielle Leistungen mit humanitärer oder entwicklungspolitischer Zielsetzung im Rahmen der «Mitarbeit in internationalen Organisationen». Von allen

im Rahmen der IHZ geleisteten finanziellen Beiträgen können gemäss den Kriterien der OECD 17,4 Millionen Franken als Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) des Staates Liechtenstein deklariert werden.

Flüchtlings- und Katastrophenhilfe (Nothilfe)

Neben dem traditionellen Engagement Liechtensteins für die Opfer von vergessenen Konflikten stand zu Beginn des Berichtsjahres die Sofort- und Wiederaufbauhilfe für die Opfer des Tsunami in Südostasien im Zentrum der liechtensteinischen Nothilfe. Insgesamt wurden 550 000 Franken für Nothilfeprojekte in der betroffenen Region zur Verfügung gestellt. Daneben hat die Regierung beschlossen, die Spendeneingänge beim liechtensteinischen Roten Kreuz und bei Caritas für die Tsunami-Opfer um 2 Mio. Franken zu erhöhen. Dieser Betrag wird über vier Jahre hinaus ausbezahlt.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 wurden aufgrund der Hochwasser in der Schweiz, Österreich und den USA sowie des Erdbebens in Pakistan zwei Nachtragskredite in der Höhe von insgesamt 600 000 Franken beantragt. Davon sind 100 000 Franken für die vom Hurrikan Katrina betroffene Bevölkerung in den US-Bundesstaaten Louisiana und Mississippi vorgesehen. Ein Teil davon soll für den Besuch von betroffenen Kindern in Liechtenstein im Jahr 2006 aufgewendet werden. Je 50 000 Franken wurden in den Bündner Gemeinden Susch und Saas bzw. den Vorarlberger Gemeinden Frastanz und Nenzing für den Wiederaufbau aufgrund der Hochwasser zur Verfügung gestellt.

Wiederaufbauhilfe

Für die Wiederaufbauhilfe standen im Berichtsjahr 2 Mio. Franken zur Verfügung. Wie in den vergangenen Jahren konzentrierten sich die Projekte auf den Kosovo und Bosnien-Herzegowina. Hohen Stellenwert geniessen Projekte im Bildungsbereich. Unter anderem wurde die Renovation eines Schulhauses in der Gemeinde Prijedor in Bosnien und Herzegowina mit 679 000 Franken unterstützt. Weiter hat sich Liechtenstein an einem Projekt zur Modernisierung der Hochschulbildung in Bosnien und Herzegowina, welches Österreich anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Republik Österreich durchgeführt hat, mit 100 000 Franken beteiligt. Einen zusätzlichen Schwerpunkt bilden Projekte zum Schutz und zur Förderung von ethnischen Minderheiten.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungszusammenarbeit wird im bilateralen Bereich in erster Linie vom liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) betreut. Das Amt für Wald, Natur und Landschaft bearbeitete bilaterale und multilaterale Entwicklungsprojekte im Bereich des Umweltschutzes. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten ist für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit zuständig.

Für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wurden der Stiftung «Liechtensteinischer Entwicklungsdienst» (LED) von der Regierung Mittel in der Höhe von

10 620 000 Franken für Projekte bewilligt, welche der LED gemäss dem von der Regierung genehmigten Leistungsauftrag in seinen Schwerpunktländern durchführte (siehe separate Berichterstattung unter «Stiftungen»). Seit dem Jahr 2005 sind alle Projekte in Osteuropa, welche früher unter dem separaten Titel «Osteuropahilfe» vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten verwaltet wurden, in die bilaterale Entwicklungsarbeit des LED integriert.

Dem Amt für Wald, Natur und Landschaft (AWNL) standen für Projekte im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung rund 288 000 Franken zur Verfügung, welche insbesondere für ein Energieprojekt in Zentralasien (Kirgistan, Tadschikistan, Kasachstan), nachhaltige Dorfentwicklung im Kaukasus und Naturschutzerziehung in Transkarpatien (Slowakei, Ukraine) verwendet wurden. Daneben entrichtete das AWNL reguläre Beiträge für die nachhaltige Entwicklung unter den internationalen Umweltübereinkommen, bei welchen Liechtenstein Vertragspartei ist.

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten befindet sich noch im Aufbau und ist erstmals im Berichtsjahr mit einem Budget von 153 000 Franken ausgestattet worden, welches für Entwicklungsprojekte im Rahmen des Europarats, der OSZE und des Stabilitätspakts verwendet wurden. Zusätzlich zu den budgetierten Mitteln wurden rund 330 000 Franken für multilaterale Projekte im Bereich Drogen- und Verbrechensbekämpfung eingesetzt. Die Mittel stammen aus einem Drogendeliktsfall und sind Teil eines Gesamtpaketes von insgesamt 2 Mio. US Dollar, welche über vier Jahre hinweg für humanitäre Zwecke eingesetzt werden. Der Landtag bewilligte im Juni 2005 den entsprechenden Verpflichtungs- und Nachtragskredit.

Beiträge in internationalen Organisationen

Im Rahmen seiner Mitarbeit in internationalen Organisationen leistete Liechtenstein reguläre und freiwillige Beiträge in der Höhe von rund 1,35 Mio. Franken an Programme oder Institutionen mit humanitärer und entwicklungspolitischer Ausrichtung. Als grösste Einzelbeiträge gingen 200 000 Franken an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und rund 100 000 Franken für die Übernahme der Transportkosten an das Hilfswerk Liechtenstein. Auch hier liegt die Sachbearbeitung in der Zuständigkeit des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten.

Umstrukturierung und Aussenpolitische Infrastruktur

Eingliederung der Stabsstelle Protokoll ins Ressort Äusseres

Gemäss Verordnung vom 21. April über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung wurde die Stabsstelle Protokoll, welche früher dem Ressort Präsidium angehörte, neu dem Ressort Äusseres zugeteilt.

Verstärkung der konsularischen Präsenz Liechtensteins im Ausland

Gemäss dem Grundsatzbeschluss der Regierung, die konsularische Präsenz Liechtensteins im Ausland zu verstärken, sind die Vorbereitungen so weit gediehen, dass 2006 voraussichtlich die ersten liechtensteinischen Konsularvertretungen auf der Ebene von Honorarkonsuln in den USA bzw. in Deutschland errichtet werden können.

Bilaterale Besuche und Gespräche in Liechtenstein

Im Rahmen des «World Economic Forum» von Davos besuchte am 29. Januar der Kronprinz des Königreichs Bahrein, Scheich Salman bin Hamad Al Khalifa, Liechtenstein. Der Kronprinz wurde von S.D. Erbprinz Alois von Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen. Anschliessend stattete er Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrat Ernst Walch einen Höflichkeitsbesuch ab.

Eine Abordnung der neu gegründete britische Parlamentariergruppe, «All Party Group», besuchte vom 3. - 4. März erstmals Liechtenstein. Auf dem Programm standen ein Empfang auf Schloss Vaduz, ein Gedankenaustausch mit Regierungschef Otmar Hasler, Landtagspräsident Klaus Wanger und weiteren Landtagsmitgliedern, Gespräche mit der Staatsanwaltschaft und dem Bankenverband sowie ein Gedankenaustausch mit LIHK-Präsident Michael Hilti.

Vom 25. - 27. Februar fand der traditionelle Besuch einer Delegation von Mitgliedern des U.S.-Kongresses in Liechtenstein statt. Die Einladung erfolgte über die liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK). Die Mitglieder des U.S.-Kongresses trafen mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu einem Arbeitsfrühstück zusammen. Das weitere Programm umfasste eine «Policy Session» im Beisein von Regierungsrat Ernst Walch sowie gesellschaftliche Aktivitäten.

Am 6. April weilte der deutsche Alt-Bundespräsident Walter Scheel auf Einladung von Regierungsrat Ernst Walch in Vaduz. Bei diesem Höflichkeitsbesuch wurden die wirtschaftlichen und aussenpolitischen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland besprochen.

Eine Delegation des Finanzausschusses des deutschen Bundestags besuchte vom 6. - 7. April Liechtenstein zu diversen Gesprächen. Regierungsrat Ernst Walch und Regierungschefstellvertreterin Rita Kieber-Beck luden zu einem Arbeitssessen mit Vertreterinnen und Vertretern der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, der Treuhändervereinigung, des Bankenverbands, des Fondsverbands sowie des Versicherungsverbands ein.

Die obersten Rechnungskontrollbehörden der Schweiz, Ungarns und Liechtensteins trafen sich am 25. April zu einem Erfahrungsaustausch in Vaduz. Nach einem Höflichkeitsbesuch auf Schloss Vaduz stand ein Treffen mit Regierungschef Otmar Hasler auf dem Programm.

Am 27. und 28. April fand der traditionelle Besuch der Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes statt. Das Besuchsprogramm beinhaltete einen Empfang auf Schloss Vaduz, Informationsgespräche und Vorträge

zu liechtensteinischen Themen, einen Besuch bei einem liechtensteinischen Industriebetrieb sowie einen Gedankenaustausch mit Regierungschef Otmar Hasler und der Ressortinhaberin über die Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz und über die Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Der luxemburgische Justiz-, Haushalts-, Schatz- und Verteidigungsminister Luc Frieden stattete der Ressortinhaberin am 28. April einen Höflichkeitsbesuch ab, nachdem er zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz weilte.

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland, Barbara Hendricks, hielt sich am 2. und 3. Mai anlässlich des 9. Liechtensteiner Europa-Symposium in Vaduz auf.

Auf Einladung der Regierung weilten am 9. Juni die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter zu einer Informationsveranstaltung in Liechtenstein. Es wurden die Arbeitsschwerpunkte der neuen Regierung vorgestellt und ein Ausblick auf die damals gerade begonnene Legislaturperiode gegeben.

Am 27. Juni trafen sich die vier Mitgliedsstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) unter dem Vorsitz der Ressortinhaberin zu ihrem halbjährlichen Ministertreffen in Vaduz.

Am 28. Juni weilten die Richter des EFTA-Gerichtshofs zu einem gegenseitigen Meinungsaustausch in Vaduz.

Die österreichische Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Ursula Plassnik, besuchte am 30. Juni die Ressortinhaberin zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz. Bundesministerin Plassnik traf auch mit Regierungschef Otmar Hasler zusammen und wurde auf Schloss Vaduz empfangen.

Der 675. Lord Mayor of the City of London, Alderman Sir Gavyn Arthur, stattete der Ressortinhaberin am 16. August einen Höflichkeitsbesuch ab. Es wurden unter anderem die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Liechtenstein sowie die beiden Finanzplätze London und Liechtenstein besprochen.

Die Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhodens traf sich am 23. August mit der liechtensteinischen Regierung zu Gesprächen.

Am 1. September stattete Frau Helga Konrad, OSZE-Sonderbeauftragte zur Bekämpfung des Menschenhandels, Liechtenstein einen Besuch ab. Frau Konrad traf mit der Ressortinhaberin, Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher und Regierungsrat Martin Meyer zu Gesprächen zusammen. Weitere Gespräche führte die OSZE-Sonderbeauftragte mit verschiedenen Stellen der Landsverwaltung und mit Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen.

Anlässlich des 2. «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets», welcher zum Thema «Dynamik globalisierter Finanzmärkte» vom 27. bis 28. Oktober in Vaduz stattfand, besuchten diverse Persönlichkeiten Liechtenstein. Neben der lettischen Präsidentin, Vaira Vike-Freiberga, und dem Aussenminister Sloweniens,

Dimitrij Rupel, nahm auch Bundesrat Christoph Blocher am Liechtenstein Dialogue teil. Am Rande der Veranstaltung fanden zusätzlich diverse Gespräche mit Regierungschef Otmar Hasler und der Ressortinhaberin sowie Besuche auf Schloss Vaduz statt.

Eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates besuchte am 3. und 4. November Liechtenstein. Es fanden Gespräche mit Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrat Martin Meyer statt. Ferner stattete die Delegation der Ressortinhaberin einen Höflichkeitsbesuch ab und besuchte die Gemeindeverwaltungen Vaduz, Gamprin und Schellenberg.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Regierungsrat Ernst Walch sprach am 19. Januar als Gastredner vor den versammelten Botschafterinnen und Botschaftern der in Bern akkreditierten EU-Staaten. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Länder mit Kandidatenstatus nahmen an dem Anlass teil, welcher im Rahmen eines Mittagessens in der Residenz des luxemburgischen Botschafters stattfand. Regierungsrat Ernst Walch erläuterte in seinen Ausführungen die liechtensteinische Position zu aktuellen Entwicklungen auf internationaler Ebene.

Am 24. März führte Regierungsrat Ernst Walch anlässlich seines Arbeitsbesuchs in New York Gespräche zur UNO-Reform und zur Oil-for-Food-Untersuchung. Dabei traf er mit der stellvertretenden UNO-Generalsekretärin Louise Fréchette, Kabinettschef Mark Malloch-Brown und Paul Volcker, dem Leiter des unabhängigen Ausschusses zur Untersuchung der Vorfälle im Zusammenhang mit dem Oil-for-Food-Programm zusammen.

Regierungsrat Ernst Walch traf sich am 12. April mit seiner Schweizer Amtskollegin, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, zu einem Abschiedsbesuch in Bern.

An der Amtseinführung von Papst Benedikt XVI. am 24. April in Rom nahm neben dem Fürstenhaus in Vertretung der liechtensteinischen Regierung die Ressortinhaberin teil.

Am 16. und 17. Mai fand in Warschau der dritte Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Europarates statt. Liechtenstein wurde von Regierungschef Otmar Hasler und der Ressortinhaberin vertreten. Der Gipfel befasste sich mit den neuen Herausforderungen Europas und der künftigen Rolle des Europarates.

Am 6. Juni wurde die Ressortinhaberin von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Departements für auswärtige Angelegenheiten, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch im Von-Wattenwyl-Haus in Bern empfangen. Gesprächsthemen bei diesem ersten offiziellen Arbeitsbesuch der liechtensteinischen Aussenministerin in Bern waren unter anderem die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Liechtenstein in der UNO und anderen internationalen Gremien sowie im Bereich der internationalen humanitären Hilfe.

Die Ressortinhaberin nahm am 14. Juni am 23. EWR-Ministerrat in Luxemburg teil. Im Zentrum der Diskus-

sionen standen die EWR-Erweiterung vom 1. Mai 2004, die laufende WTO-Welthandelsrunde sowie der Stand der Dinge betreffend EWR-Finanzmechanismus.

Am 5. Juli traf Regierungschef Otmar Hasler mit dem deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler anlässlich eines Empfangs der Landesregierung Baden-Württemberg auf Schloss Salem zu einem Gespräch zusammen.

Am 6. September besuchte die Regierung die Kantonsregierung Graubündens.

Regierungschef Otmar Hasler weilte am 15. September im Vorfeld des UNO-Gipfels zu einem Arbeitsbesuch in Washington, wo er mit hochrangigen Vertretern aus der amerikanischen Administration und dem amerikanischen Kongress zusammentraf. Nach einer Kranzniederlegung am Holocaust Memorial Museum hielt der Regierungschef einen Vortrag an der Georgetown Universität.

Am 16. September hielt Regierungschef Otmar Hasler eine Ansprache beim historischen UNO-Gipfeltreffen anlässlich des 60. Jahrestags der Vereinten Nationen, zwei Tage vor dem 15. Jubiläum der liechtensteinischen Mitgliedschaft in der UNO. Zu dem Treffen waren über 150 Staats- und Regierungschefs angereist. Es konnten mangels des notwendigen Konsenses aller Mitgliedsstaaten kein umfassendes UNO-Reformpaket und keine konkreten Massnahmen zur Förderung der Entwicklung und Armutsbekämpfung verabschiedet werden.

Die Ressortinhaberin nahm am 23. September an der UNO-Generalversammlung in New York teil, wo sie unter anderem Gespräche mit Amtskolleginnen und -kollegen aus Norwegen, Schweden, Andorra und San Marino sowie mit den höchsten Vertretern der Vereinten Nationen führte. Nach ihrem Aufenthalt in New York reiste die Ressortinhaberin zu Arbeitsbesuchen nach Chicago und Washington weiter. In Chicago galten die Diskussionen der kulturellen Zusammenarbeit, während in Washington ein «Liechtenstein-Abend» stattfand. Die Regierungsrätin hielt auf Einladung des European Institute einen Vortrag über die Finanzmarktaufsicht in Liechtenstein und referierte an der Georgetown University Business School über Terrorismusbekämpfung.

Der Besuch der Regierung bei der Kantonsregierung St.Gallens fand am 30. September statt.

Die liechtensteinische Regierung stattete am 31. Oktober der Tiroler Landesregierung in Innsbruck einen Freundschaftsbesuch ab. Bei dieser Gelegenheit überreichte Regierungschef Otmar Hasler dem Tiroler Landeshauptmann Herwig von Staa als Zeichen der Solidarität einen Scheck über CHF 30 000 zugunsten der Behebung der Hochwasserschäden vom August 2005.

Vom 16. - 17. November fand in Strassburg unter portugiesischem Vorsitz die 115. Session des Ministerkomitees des Europarates statt. Liechtenstein war durch die Ressortinhaberin vertreten.

Die liechtensteinische Aussenministerin leitete am 21. November in Brüssel den 24. EWR-Ministerrat auf EWR-Seite. Auf EU-Seite stand der Ministerrat unter

der Leitung des britischen Europaministers Douglas Alexander.

Am 28. November nahm die Ressortinhaberin an der Herbsttagung des EFTA-Ministerrats in Genf teil. Es wurden die erzielten Fortschritte im Drittlandbereich, insbesondere der Abschluss der Freihandelsverhandlungen mit Südkorea und mit der Südafrikanischen Freihandelszone SACU, begrüsst.

Am 29. November fand in Feldkirch ein Arbeitstreffen zwischen der Regierung und der Vorarlberger Regierung statt.

Die Inhaberin des Ressorts Äusseres vertrat Liechtenstein am 13. Treffen des OSZE-Ministerrats am 5. und 6. Dezember in Laibach, Slowenien. Themen des Ministertreffens waren unter anderem Sicherheitsfragen wie die Terrorismusbekämpfung, aber auch Migration und die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Vom 13. - 18. Dezember nahm die Ressortinhaberin an der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong teil. Am Rande der Ministerkonferenz unterzeichneten die EFTA-Staaten und die Republik Korea ein Freihandelsabkommen sowie ein Investitionsabkommen.

AMTSSTELLEN

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter lic. rer. pol. Roland Marxer

Zu den dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten zugeteilten Aufgabenbereichen gehören insbesondere die Vorbereitung und Bearbeitung sämtlicher Regierungsgeschäfte in Bezug auf internationale Übereinkommen und Staatsverträge, bilaterale und multilaterale sowie europäische und internationale Zusammenarbeit, internationale Organisationen und Konferenzen sowie diplomatische und konsularische Beziehungen. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt dabei in der Erstellung der entsprechenden Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag. Das Amt arbeitet in allen Bereichen eng mit den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland zusammen und übernahm verschiedene und zahlreiche Koordinationsaufgaben in der Landesverwaltung bei den in der Zuständigkeit der diplomatischen Vertretungen liegenden Themen.

Im Berichtsjahr nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes neben den ihnen zugeteilten Aufgaben im Amt unter anderem auch die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg, des Ständigen Vertreters bei der UNO, WTO und EFTA in Genf sowie weitere Aufgaben gemäss ihrer Zuteilung im Bereich der Aussenstellen wahr. Die Hauptbereiche der Tätigkeit des Amtsvorstandes und der

diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes lagen in der bilateralen Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland sowie in der europäischen Zusammenarbeit [Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Europäische Patentorganisation (EPO), Europäische Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)] und der internationalen Zusammenarbeit [Vereinte Nationen (UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT), internationale humanitäre Zusammenarbeit]. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren auch in diesem Berichtsjahr wieder mit den Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen befasst und massgeblich für die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Übereinkommen verantwortlich.

Im bilateralen Bereich ist insbesondere der politische Dialog mit den beiden Nachbarländern zu erwähnen. So fand der politische Dialog mit Österreich am 13. Oktober in Wien zum siebten Mal seit seiner Einführung im Jahr 1999 statt. Der politische Dialog mit der Schweiz, welcher 2004 seinen Anfang nahm, wurde am 11. März zum zweiten Mal in Bern abgehalten. Das Instrument des politischen Dialogs dient dem Gedankenaustausch zwischen den Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und den Vertretern des österreichischen Aussenministeriums einerseits und den Vertretern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten andererseits. Des Weiteren wurden im bilateralen Bereich in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Protokoll zahlreiche Besuche im In- und Ausland vorbereitet und betreut sowie verschiedenste Anlässe organisiert und mitverfolgt. Es wurden wie in den vergangenen Jahren diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreter durchgeführt. Das Amt bearbeitete zahlreiche Fragen aus dem In- und Ausland betreffend allgemeine Themen zu Liechtenstein sowie spezielle Themen zur liechtensteinischen Aussenpolitik und war in der Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Vertretern der Privatwirtschaft aktiv. Der Amtsvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten eine Reihe von Vorträgen zu Themen im Rahmen der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Auch in diesem Berichtsjahr war das Amt an den Verhandlungen und am Abschluss verschiedener bilateraler Abkommen beteiligt. Das innerstaatliche Zustimmungsverfahren und die Verabschiedung der notwendigen Umsetzungsgesetzgebung zum Vertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile vom 15. Dezember 2004 konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Das Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen

oder schweren Unglücksfällen (Katastrophenhilfeabkommen) konnte am 2. November in Bern unterzeichnet werden. Österreich, die Schweiz und Liechtenstein vereinbarten in einem trilateralen Regierungsabkommen, das am 29. September von den Innenministern in Bregenz unterzeichnet wurde, den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten.

Im Rahmen der Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener internationaler Übereinkommen leistete das Amt die entsprechenden Vorarbeiten. So konnten im Berichtsjahr im Menschenrechtsbereich das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten und das 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), welches darauf abzielt, die mittel- und langfristige Wirksamkeit des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte sicherzustellen, ratifiziert werden. Unterzeichnet werden konnte das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Ebenso konnte auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen unterzeichnet werden.

Das Amt war auch in diesem Berichtsjahr wieder mit der Erarbeitung verschiedener Berichte und der Vorbereitung ihrer Vorstellung bei den Gremien der Vereinten Nationen im Rahmen der Berichterstattungspflicht unter den internationalen Übereinkommen befasst. So konnte der zweite und dritte Länderbericht unter Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965 verfasst und eingereicht werden. Der zweite und dritte Länderbericht umfasst eine Aktualisierung des ersten Länderberichts sowie den Bericht über die Umsetzung der in den Schlussbemerkungen zum ersten Bericht aufgeführten Empfehlungen. Die Vorbereitungsarbeiten zur Vorstellung des zweiten Berichts Liechtensteins zum UNO-Überereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 beschäftigte das Amt in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs. Zudem waren diverse Fragebogen auf den verschiedensten Gebieten des internationalen Bereichs zu beantworten. Zu erwähnen ist die Beantwortung eines Fragebogens des Europarates betreffend Kinder mit Behinderungen sowie die Beantwortung eines Fragebogens des UNO-Generalsekretärs zum Thema «Gewalt gegen Kinder».

Das im Dezember 2004 abgeschlossene Abkommen über die Zinsertragsbesteuerung mit der Europäischen Union (EU) ist seit dem 1. Juli 2005 in Kraft. Das EWR-Erweiterungsabkommen, welches die Beteiligung der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) am Europäischen Wirtschaftsraum vorsieht, ist am 6. Dezember 2005 nach der Ratifikation aller Vertragsparteien in Kraft getreten. Es wurde bereits seit dem 1. Mai 2004 provisorisch angewendet.

Im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung Liechtensteins an «Schengen» und «Dublin» fanden im Berichtsjahr verschiedene Treffen mit der Europäischen Kommission und den weiteren Kooperationspartnern, insbesondere auch mit der Schweiz statt. Nachdem die schweizerischen Stimmberechtigten die Assoziierungsverträge im Juni gutgeheissen haben, rechnet Liechtenstein mit einem baldigen Verhandlungsbeginn. Die Regierung hat ein entsprechendes Verhandlungsmandat verabschiedet. Ziel ist eine parallele Assoziierung mit der Schweiz. Das Amt war in der internen Expertengruppe bzw. Verhandlungsdelegation vertreten und hat im Berichtsjahr diverse Vorbereitungsarbeiten geleistet, insbesondere zum Thema Rechtshilfe.

Der Amtsvorstand und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren im Berichtsjahr wiederum in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen auf bilateraler Ebene sowie auch innerhalb der Landesverwaltung vertreten. Der Amtsvorstand war weiterhin Mitglied in einer Reihe von Arbeitsgruppen innerhalb der Landesverwaltung, die sich der Finanzplatzthematik widmen. Zudem arbeitete er aktiv in der Stiftung Image Liechtenstein, im ausserpolitischen Expertenrat der Regierung, in der Kommission für Chancengleichheit, in der Arbeitsgruppe zur Revision des Verwaltungsorganisationsgesetzes sowie im TQM-Lenkungsausschuss mit. Das Amt hatte weiterhin den Vorsitz in der Arbeitsgruppe «Korruptionsbekämpfung», in der Arbeitsgruppe zur Neuregelung des Sanktionenvollzugs und Revision des Wirtschaftsmassnahmengesetzes, in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (AG R) (die frühere Arbeitsgruppe für einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus) auf bilateraler Ebene in der Expertengruppe betreffend ergänzende Schutzzertifikate und Änderung des Zulassungsmechanismus für Arznei- und Pflanzenschutzmittel sowie in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisunterstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Ferner arbeiteten die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes unter anderem auch aktiv in der Ständigen Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, in der Arbeitsgruppe zur Reorganisation der internationalen humanitären Zusammenarbeit sowie in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Strahlenschutzrechts mit.

Das Klageverfahren Liechtensteins gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im so genannten Bilderfall, welches das Amt wie in den Vorjahren auch zu Beginn des Berichtsjahres mit betreute, ist abgeschlossen.

Das Amt war auch federführend an der Anpassung des Vertragsverhältnisses mit der Schweiz betreffend Ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel beteiligt. Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs

(EuGH) zu den so genannten Ergänzenden Schutzzertifikaten für Arzneimittel (SPC) vom 21. April haben Liechtenstein und die Schweiz ihr bilaterales Vertragsverhältnis im Hinblick auf die in Liechtenstein anwendbare schweizerische Heilmittelgesetzgebung angepasst. Der EuGH ist in seinem Urteil nicht der liechtensteinischen und schweizerischen Auffassung gefolgt. Die über einen Notenaustausch vom 22. April vereinbarte Regelung sieht vor, dass schweizerische Zulassungen für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen in Liechtenstein nicht mehr sofort, sondern in der Regel erst nach 12 Monaten anerkannt werden. Die Regelung gilt seit dem 1. Juni und ist so ausgestaltet, dass die Versorgungssicherheit der liechtensteinischen Patientinnen und Patienten weiterhin gewährleistet ist. Da im Bereich der Pflanzenschutzmittel dieselbe Ausgangslage bestand, wurde in diesem Bereich eine analoge Regelung getroffen.

Das Amt befasste sich auch in diesem Berichtsjahr wieder mit Fragen in Zusammenhang mit der Einbindung Liechtensteins in die Landwirtschaftspolitik der Schweiz und in deren Agrarabkommen mit der EU, welches im Rahmen der Bilateralen I abgeschlossen worden war.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Abschluss der Vorarbeiten betreffend ein neues Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung internationaler Sanktionen unter Berücksichtigung von rechtlichen Anpassungen und der Neugestaltung der Vollzugskompetenzen.

Ein wichtiger Tätigkeitsbereich war auch in diesem Berichtsjahr die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ). Neben dem umfangreichen Tagesgeschäft betreffend die IHZ arbeitete das Amt einen Vernehmlassungsbericht zu einer Gesetzesvorlage betreffend die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit Liechtensteins (IHZ-Gesetz) aus. Dieser wurde von der Regierung zur Kenntnis genommen und an interessierte Kreise in die Vernehmlassung gegeben. Die Vorlage sieht vor, dass dem Amt die Gesamtkoordination in der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit obliegt. Weiterhin sieht die Vorlage vor, dass sich das liechtensteinische Engagement auf die drei Bereiche Nothilfe, Wiederaufbauhilfe und Entwicklungszusammenarbeit konzentriert. Die Nothilfe dient der Hilfe und Unterstützung nach Katastrophen und in der Folge von bewaffneten Konflikten, während die Wiederaufbauhilfe auf den Wiederaufbau der Infrastruktur sowie der gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen ausgerichtet ist. Die Entwicklungszusammenarbeit will über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung die Armut in den Entwicklungs- und den so genannten Transitionsländern nachhaltig beseitigen, den Lebensstandard der Bevölkerung heben sowie die rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen in diesen Staaten verbessern. Das Amt erarbeitete zu Handen der Regierung die Grundlagen für einen Beschluss hinsichtlich der Position Liechtensteins zur Erreichung von 0.7% Entwicklungshilfe, bezogen auf das BNE, und betreffend die Frage, in welchen zeitlichen Schritten dies zu geschehen hätte.

Das Amt war an der Vorbereitung und Durchführung verschiedener Besuche beteiligt, so am Besuch des Menschenrechtskommissars des Europarates, Herrn Gil Robles, am 4. Mai, am Besuch von Frau Helga Konrad, OSZE-Sonderbeauftragte zur Bekämpfung des Menschenhandels, am 1. September, sowie am Besuch einer Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, welcher vom 3. bis 4. November stattfand. Des Weiteren nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auftrag der Regierung an diversen Konferenzen und internationalen Treffen im Ausland teil.

Im Rahmen des Grundsatzbeschlusses der Regierung, liechtensteinische Honorarkonsularvertretungen im Ausland, mit vorläufigem Schwerpunkt USA und Deutschland, zu errichten, erstellte das Amt weitere Grundlagen. Zudem traf es im Februar die Abklärungen mit der Schweiz. Das bisherige Modell der Vertretung Liechtensteins im diplomatischen und konsularischen Bereich durch die Schweiz soll grundsätzlich unangetastet bleiben.

Nachdem gemäss Verordnung vom 21. April über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung die Stabsstelle Protokoll neu dem Ressort Äusseres zugeteilt wurde, war das Amt für Auswärtige Angelegenheiten im Berichtsjahr federführend mit den Vorarbeiten zur Eingliederung des Protokolls ins Amt beschäftigt.

Die Sachbearbeitung betreffend die beiden so genannten Secondments, mit welchen die Regierung seit Mai einerseits eine Person als Junior Professional Officer (JPO) im Verbindungsbüro des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf und andererseits eine Person beim Stabilitätspakt für Südosteuropa in Brüssel unterstützt, wurde vom Amt übernommen.

Aufgrund des Regierungsbeschlusses zur Fortsetzung des TQM-Prozesses im Berichtsjahr hat das Amt das vereinfachte Verfahren der Selbstbewertung nach dem EFQM-Modell durchgeführt.

Konferenzen und Tagungen

EUTELSAT

33. (ordentliches) Treffen der Vertragsparteien: 6.-8.4. in Paris

Liechtenstein nahm am 33.(ordentlichen) Treffen der Vertragsparteien mit einer eigenen Delegation teil.

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Vollversammlung der CEPT: 21. - 22.4. in Bukarest, 14. - 15.9. in Mamaia, Rumänien

Liechtenstein nahm an den CEPT-Vollversammlungen mit einer eigenen Delegation teil.

Technische Treffen

An den diversen Treffen im Rahmen von ERO, ERC, EC-TRA und ECC war Liechtenstein durch das Amt für Kommunikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

Vereinigung Europäischer Öffentlicher Postbetreiber (PostEurop)

Vollversammlung der PostEurop: 29.-30.9. in Vilamoura, Portugal

Liechtenstein nahm mit einer eigenen Delegation an der Vollversammlung teil.

Tagung Projekt «Briefmarken & Philatelie»: 1.12. in Malta
Liechtenstein nahm mit einer eigenen Delegation an der Tagung teil.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

14. Jahrestagung des Gouverneursrats: 22.-23.5. in Belgrad

(Alt-Regierungsrat Hansjörg Frick, Botschafter Roland Marxer)

Europarat

3. Gipfeltreffen des Europarats: 16.-17.5. in Warschau
(Regierungschef Otmar Hasler, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Roland Marxer, Botschafter Daniel Ospelt, Kerstin Appel, Andrea Hoch)

115. (ausserordentliche) Session des Ministerkomitees: 17.11. in Strassburg

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Roland Marxer, Botschafter Daniel Ospelt)

EFTA

15. EFTA-Ministerrat: 27.6. in Vaduz

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Norbert Frick, S.D. Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein, Amtsleiter Roland Marxer, Botschafter Hubert Büchel, Hans-Peter Walch, Andrea Entner-Koch, Doris Frick, Katja Gey, Esther Schindler, Kerstin Appel, Andrea Hoch)

16. EFTA-Ministerrat: 29.11. in Genf

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Norbert Frick, Doris Frick, Isabel Frommelt)

EWR

EWR-Ministerrat: 14.6. in Luxemburg

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Georges Baur, Kerstin Appel)

EWR-Ministerrat: 21.11. in Brüssel

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Georges Baur, Christine Lingg)

ECOFIN-Tagung: 8.11. in Brüssel

(Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Hubert Büchel)

WTO

Ministertreffen: 13.-18.12. in Hongkong

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Norbert Frick)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

OSZE-Ministerrat : 5.-6.12. in Ljubljana, Slowenien

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Günter Frommelt, Kerstin Appel)

- 13. OSZE-Wirtschaftsforum: 23.-27.5. in Prag (Günter Frommelt)
- OSZE-Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz: 8.-9.6. in Cordoba (Regierungsssekretär Norbert Hemmerle, Jules Hoch)
- OSZE-Konsultationen auf hoher Ebene: 12.-13.9. in Wien (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Botschafter Roland Marxer, Günter Frommelt, Esther Schindler)

UNO/Verschiedenes

- 60. Jahressession der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE): 22.-25.2. in Genf (Botschafter Norbert Frick)
- Vertragsstaatentreffen CRC (UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes): 23.2. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Andrea Hoch)
- Menschenrechtskommission in Genf: 14.3.-22.4. (Botschafter Norbert Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Patrick Ritter, Andrea Hoch)
- 1. Konferenz der Vertragsparteien zum Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe: 2.-6.5. in Punta del Este/Uruguay (Vertretung durch die Schweiz)
- Überprüfungs-konferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT): 2.-27.5. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Patrick Ritter, Stefan Barriga)
- High-Level-Meeting zur Überprüfung der Umsetzung der Verpflichtungserklärung zu HIV/AIDS von 2001: 2.6. in New York (Botschafter Christian Wenaweser)
- High-Level-Meeting zum Thema Entwicklungsfinanzierung: 27.-28.6. in New York (Botschafter Christian Wenaweser)
- High-Level-Segment des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC): 29.6.-1.7. in New York (Botschafter Christian Wenaweser)
- Diplomatische Konferenz zur Revision des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial: 4.-8.7. in Wien (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Günter Frommelt)

- 2. zweijährliches Treffen zur Umsetzung des Aktionsplanes gegen den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen: 11.-15.7. in New York (Teilnahme durch die Ständige Vertretung New York)
- Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen: 15.-17.9. in New York (Regierungschef Otmar Hasler, Botschafter Roland Marxer, Gerlinde Manz-Christ, Martin Frick)
- Konferenz zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT): 21.-23.9. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Patrick Ritter)
- Generaldebatte der 60. Session der UNO-Generalversammlung: 23.9. in New York (Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Roland Marxer, Kerstin Appel)
- 49. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): 26.-30.9. in Wien (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Franz Hoop, Ständiger Delegierter der Regierung für Fragen der Atomenergie, mit Unterstützung durch die Schweizer Delegation)
- 2. Konferenz der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens über den Import und Export von Chemikalien: 27.-30.9. in Rom (Vertretung durch die Schweiz)
- Vierertreffen der Umweltminister: 5.10. in Vaduz (Regierungsrat Hugo Quaderer, Theo Kindle, Felix Näscher, Helmut Kindle, Stefan Hassler)
- Zweite Phase des UNO-Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS): 16.-18.11 in Tunis (Regierungsrat Martin Meyer, Kurt Bühler, Andrea Hoch)
- Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II (Landminenprotokoll) zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 23.11. in Genf (Botschafter Norbert Frick, Isabel Frommelt)
- Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 24. - 25.11. in Genf (Botschafter Norbert Frick, Isabel Frommelt)
- Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Strafgerichtshof: 28.11.-3.12. in Den Haag (Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga)
- 11. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 1. Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls: 28.11.-9.12. in Montreal (Teilnahme durch Dr. Felix Näscher am High-Level-Segment: 7.-9.12.)
- 10. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 30.11. in Genf (Isabel Frommelt)
- Unterzeichnung des dritten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen (Einführung des roten Kristalls als zusätzliches Schutzzeichen): 8. 12. (Isabel Frommelt)
- 17. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Stoffe und 6. Konferenz der Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens: 12.-16.12. in Dakar/Senegal (Vertretung durch die Schweiz)

Übereinkommen

UNO

- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten: 4.2.
- Unterzeichnung des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 26.6.
- Unterzeichnung des Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen: 16.9.

Europarat

- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Protokoll Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 16. September 1963: 8.2.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Protokoll Nr. 7 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 22. November 1984: 8.2.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus vom 17. Januar 1977: 8.2.
- Unterzeichnung des Europäischen Übereinkommens über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 24. November 1983: 7.4.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention: 7.9.
- Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen gegen Doping: 22.11.

EFTA/EWR

- EWR-Erweiterungsabkommen: Inkrafttreten am 6.12. (provisorisch in Kraft seit 1. Mai 2004)
- Ratifikation des Freihandelsabkommens mit dem Libanon: 26.8.
- Unterzeichnung von zwei Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen zwischen den EWR-/EFTA-Staaten und den USA: 17.10.
- Ratifikation von zwei Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen zwischen den EWR-/EFTA-Staaten und den USA: 16.12.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommens der EFTA-Staaten mit der Republik Korea: 15.12.
- Unterzeichnung des Investitionsabkommens zwischen der Schweiz, Island und Liechtenstein und der Republik Korea: 15.12.

Bilateral

- Ergänzungsvereinbarung vom 22. April 2005 zwischen Liechtenstein und der Schweiz zum Notenaustausch vom 11. Dezember 2001 betreffend die Geltung der schweizerischen Heilmittelgesetzgebung in Liechtenstein (abgeschlossen per Notenaustausch)

- Notenaustausch vom 22. April 2005 zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln mit neuen Wirkstoffen
- Vertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile vom 15. Dezember 2004: Genehmigung durch den Landtag am 14.12. (einschliesslich des Durchführungsgesetzes)
- Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen (Katastrophenhilfeabkommen): Unterzeichnung am 2.11. in Bern
- Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung, dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten: Unterzeichnung am 29.9. in Bregenz, Genehmigung durch den Landtag am 14.12.

Verschiedenes

- Zusatzprotokoll zum WTO-Abkommen über handelsbezogene Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS-Abkommen): Annahme durch die WTO-Mitglieder am 6.12.
- Unterzeichnung des dritten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen (Einführung des roten Kristalls als zusätzliches Schutzzeichen): 8. 12.

Diplomatische und Konsularische Angelegenheiten

Per Ende 2005 sind 70 Staaten sowie der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Neu dazugekommen sind im Berichtsjahr das Königreich Bahrain und Ägypten. Weiters sind per Ende Berichtsjahr 35 konsularische Vertreter und Vertreterinnen in Liechtenstein bestellt. Dies sind mit dem Honorarkonsul der Russischen Föderation einer mehr als im vergangenen Berichtsjahr.

Berufskonsuln	Generalkonsuln	8
	Konsuln	2
Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	9
	Honorarkonsuln	15
	Honorarvizekonsuln	1

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ)

Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt 18 246 792 CHF von den budgetierten 18 392 756 CHF für untenstehende Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit aufgewendet. Davon werden 17 381 933 CHF als offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gemäss OECD-Kriterien ausgewiesen (inkl. Katastrophenfonds der Gemeinden von CHF 130 000).

Flüchtlings- und Katastrophenhilfe (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Land	Projekt	Partner	Betrag CHF
Äthiopien	Karlheinz Böhm Benefizveranstaltung	Karlheinz Böhm «Menschen für Menschen»	10 000
Benin	UNHCR-Nothilfeprogramm für togolesische Flüchtlinge in Benin	UNHCR	50 000
DR Kongo	Nothilfe für die Opfer des vergessenen Konflikts	IKRK	50 000
Guatemala	Hilfe für die Opfer der Unwetter; Projekt mit Bezug auf persönlicher Hygiene	UNFPA	20 000
Guatemala	Spendenerhöhung für Flutopfer	LRK	30 000
Indien	Strassenkinder-Projekte; Bau von Unterkünften für Kinder in Tsunami-betroffenen Gebieten	One World (Marius Kaiser)	20 000
International	Allgemeiner Beitrag für Vermittlung in Krisengebieten	Concordis International	20 000
International	Chirurgische Eingriffe für Herz- / Kreislaufpatienten	EurAsia Heart Foundation (Dr. Paul Vogt)	20 000
International	Entwicklungskosten für die Erstellung «interimistischer Notunterkünften» (1. Tranche Vorprojekt)	Willy Marxer (Architekt)	7 500
Kroatien	Spendenverdoppelung des Weihnachtsaufrufs 2004 des LRK	LRK	30 000
Liberia	Nothilfe für die Opfer des vergessenen Konflikts	IKRK	50 000
Liechtenstein	AHV-Zahlung für das Secondment 2005-2006 beim UNHCR	UNHCR	3 278
Malawi	Mary s Meals: Nahrungsmittelhilfe für Kinder	Scottish International Relief	25 000
Malawi	WFP: Nahrungsmittelhilfe in Malawi	WFP	25 000
Moldau	UNHCR-Hilfsprogramm in Moldau	UNHCR	40 000
Niger	OCHA-Hilfsprogramme in Niger zugunsten der UNICEF	UNICEF	50 000
Österreich	Unwetter in Vorarlberg: Beiträge an die Gemeinden Frastanz und Nenzing	Gemeinden Frastanz und Nenzing	100 000
Österreich	Unwetter in Österreich: Beiträge an das Bundesland Tirol	Bundesland Tirol	30 800
Pakistan	Heiz- und Brennmaterial für Opfer des Erdbebens in Kaschmir	UNDP	100 000
Pakistan	Wiederaufbau von Wohnhäusern in Kaschmir	Regionales Entwicklungsbüro Falch	50 000
Pakistan	Spendenerhöhung Erdbebenopfer in Südasien	LRK	50 000
Ruanda	IKRK-Nothilfeprogramm für Ruanda	IKRK	70 000
Rumänien	Anlage Gemüsegarten und Aufbau Hühnerzucht für 300 Familien nach den Überschwemmungen in Banat	Caritas Schweiz	25 000
Schweiz	Unwetter in der Schweiz: Beiträge an die Gemeinden Susch und Saas	EDA / Gemeinden Susch und Saas	100 000
Seychellen	Wiederaufbauhilfe für Tsunami-Opfer in Südostasien	UNDP	100 000
Sri Lanka	Wiederaufbauhilfe für Tsunami-Opfer in Südostasien	DEZA	350 000
Sri Lanka/ Indonesien	Soforthilfe an Tsunami-Opfer in Südostasien	IKRK	50 000
Sri Lanka/ Indonesien	Soforthilfe an Tsunami-Opfer in Südostasien	UNHCR	30 000
Sri Lanka/ Thailand	Soforthilfe an Tsunami-Opfer in Südostasien	Care Austria	20 000
Tschechische Republik	3. Etappe der Bücher-restaurierung im Nationalmuseum Prag	Nationalmuseum Prag	48 000
Uganda, Senegal, Haiti	IKRK-Nothilfeprogramm für vergessene Konflikte	IKRK	150 000
Total			1 724 578

Flüchtlingsbetreuung (Ausländer- und Passamt)

Projekt	Partner	Betrag CHF
Betreuung Flüchtlingszentrum	Verein Flüchtlingshilfe	450 000
Sozialhilfe für Flüchtlinge/Rückkehrhilfe	Verein Flüchtlingshilfe	1 010 000
Total		1 460 000

Wiederaufbauhilfe (Ausländer- und Passamt)

Land	Projekt	Partner	Betrag CHF
Bosnien-Herzegowina	Wiederaufbau und Sozialprogramme	Caritas Schweiz	200 000
Bosnien-Herzegowina	Kranken- und Betagtenbetreuung	Caritas Schweiz	59 270
Bosnien-Herzegowina	Bau Schulhaus D. Ljubija mit explizitem Einbezug serbischer und anderer ethnischer Minderheiten	Caritas Schweiz	679 000
Bosnien-Herzegowina	Wiederaufbauprojekte Südosteuropa anlässlich Jubiläum 60 Jahre Republik Österreich «A/60 Initiative»	Austrian Development Agency (ADA)	100 000
Bosnien-Herzegowina	Ambulanz	Caritas B. Luka	86 715
Bosnien-Herzegowina	Betagtenbetreuung in Sanski Most	cfD, Bern	25 000
International	Freiwilliger Beitrag an den Refugee Education Trust	RET, Genf	50 000
Mazedonien	Schulbildung Roma-Jugendliche	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	30 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Fortsetzung Minderheitenprojekt	Caritas Schweiz (Caritas Lux)	500 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Entsendung von Fussballtrainern in den Kosovo	Swiss U-16 Cup Stiftung Kinderdorf	10 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Sekundarschulbildung für Roma-Jugendliche	Pestalozzi	30 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Landwirtschaftsprogramm	Caritas Schweiz	100 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Berufsfachschule Gjakova	Caritas Schweiz	100 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Unterstützung mehrsprachiger Medienproduktionen	Medienhilfe (mh) Schweiz	30 000
Total			1 999 985

Entwicklungszusammenarbeit multilateral (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Land	Projekt	Partner	Betrag CHF
Afghanistan	Alternative Livelihoods: Förderung alternativer Einkommen (Reyes Torres)	UNODC	130 000
Albanien	HIV/Aids-Prävention unter jugendlichen Drogenabhängigen (Reyes-Torres)	UNICEF	71 120
Div. Länder Südosteuropas	Beitrag an Aktivitäten der Local Democracy Agencies	Europarat	61 600
Div. Länder Südosteuropas	Training für führende Polizeibeamte in Südosteuropa	Stabilitätspakt für Südosteuropa	43 000
Div. Länder Südosteuropas	Training für führende Polizeibeamte in Südosteuropa	Stabilitätspakt für Südosteuropa	32 000
Liechtenstein	Forschungsprogramm zu Ecstasy (Reyes Torres)	Universitätsklinik Zürich	50 000
Indien	Globales UNO-Programm gegen Geldwäscherei: Aufbau einer FIU in Indien (Reyes Torres)	UNODC	130 000
International	Allgemeiner Beitrag für den Global Fund for Aids (Reyes Torres)	Global Fund for AIDS, Tuberculosis, Malaria	63 500
International	Stärkung von Rechtssystemen gegen Terrorismus (Reyes Torres)	UNODC	65 000
Serbien-Montenegro	OSZE-Projekt: «Notwendige Ausrüstung für Verhandlungen bei Entführung und Geiselnahme»	OSZE	20 805
Swasiland	Organisation eines Anti-Korruptions-Gipfels (Reyes Torres)	UNODC	65 000
Total			732 025

Entwicklungszusammenarbeit multilateral (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Projekt	Partner	Betrag CHF
Wüstenbildungskonvention: Beitrag an das generelle Budget	CCD (Convention to Combat Desertification)	541
Klimakonvention: Beitrag an das generelle Budget	UNFCCC (UN Framework Convention on climate Change)	925
Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren/CMS: Beitrag an das generelle Budget	CMS	346
Biodiversitätskonvention: Beitrag an das generelle Budget		569
Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds): Jahresbeitrag		13 026
Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN): Beitrag an das generelle Budget		14 072
EMEP-Programm (Messung und Bewertung luftverunreinigender Stoffe): Jahresbeitrag		339
Genfer Übereinkommen betreffend weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigung: Beitrag an das generelle Budget		339
Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention: Beitrag an das Jahresbudget		25 010
Ramsar Konvention: Beitrag an das generelle Budget		1 000
UNEP: Beitrag an das generelle Budget bzw. Environment Fund	UNEP (UN Environment Programme)	4 407
Basler Konvention: Beitrag an das generelle Budget (neu ab 2005 Pflichtbeitrag)		240
Basler Konvention: Beitrag an den Technical Co-operation Trust Fund		6 475
Kyoto-Protokoll: Beitrag an das Budget 2005		425
Rotterdam Übereinkommen (PIC): Beitrag an das generelle Budget (ab 2005)		287
Nachhaltige Dorfentwicklung (Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Russland)	Int. Partner für Berggebiete; BRD-Umweltministerium	80 000
Naturschutzerziehung, Schutzgebietenentwicklung (Slowakei, Ukraine)		40 000
Aufbau eines Gemeindeforschungsnetzwerks im Kaukasus und in Zentralasien im Rahmen der Bergpartnerschaft	Alpenkonvention	5 000
Energieprojekt (Kirgistan, Tadschikistan, Kasachstan)		100 000
Total		293 000

		Betrag CHF
Total	gemäss separater Liste des LED	10 620 000

Mitarbeit in internationalen Organisationen (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen)

Projekt	Partner	Betrag CHF
Liechtensteinisches Secondment bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	OSZE	7 200
Liechtensteinisches Secondment im Hochkommissariat für Flüchtlinge (4.Jahr)	UNHCR	69 661
Liechtensteinisches Secondment im Stabilitätspakt für Südosteuropa (1.Jahr)	Stabilitätspakt	106 095
AHV-Nachzahlungen Secondment UNHCR, Jahre 2002-2005	UNHCR	16 825
Beitrag an das ordentliche UNO-Budget 2005	UNO	100 543
Freiwilliger Beitrag an das OCHA	OCHA	30 000
Jahresbeitrag UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge	UNHCR	50 000
Jahresbeitrag UNO-Folterfonds	UNFVT	10 000
Jahresbeitrag UNO-Kinderhilfswerk	UNICEF	10 000
Jahresbeitrag UNO-Bevölkerungsfonds	UNFPA	10 000
Jahresbeitrag UNO-Entwicklungsprogramm	UNDP	13 000
Jahresbeitrag UNO-Entwicklungsprogramm für Frauen	UNIFEM	10 000
Jahresbeitrag UNO-Aidsfonds	UNAIDS	10 000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds des Liecht. Roten Kreuzes	LRK	50 000

ÄUSSERES

88 |

Projekt	Partner	Betrag CHF
Beitrag an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC)	ICC	11 113
Übernahme der Transportkosten des Hilfswerks Liechtenstein	HWL	100 666
Jahresbeitrag Internationales Komitee vom Roten Kreuz	IKRK	200 000
Jahresbeitrag Weltorganisation gegen Folter (OMCT)	OMCT	15 000
Jahresbeitrag an Doha-Fonds der WTO	WTO	20 000
Regulärer Beitrag an die IAEO	IAEO	19 912
Regulärer Beitrag an die Postunion (UPU)	UPU	39 360
Regulärer Beitrag an die UIT	UIT	157 500
Freiwilliger Beitrag technische Zusammenarbeit IAEO	IAEO	9 308
Freiwilliger Beitrag an den UNO-Treuhandfonds für Minenräumung	UNO	50 000
Sonderfonds des IKRK für Behinderte	IKRK	50 000
1. Jahresber. der OSZE-Sondereinheit zur Bekämpfung des Menschenhandels	OSZE	4 620
Workshop zum Thema «Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung»	OSZE UNODC	7 700
OSZE-Fonds zur Diversifikation der personellen Zusammensetzung von Wahlbeobachtungsmissionen	OSZE	30 800
Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zum Zweck der Vorbeugung des Frauenhandels OSZE	OSZE	15 400
Freiwilliger Beitrag an das UNO-Flüchtlingshilfswerk für Palästina	UNRWA	30 000
Freiwilliger Beitrag an den Global Fund HIV/AIDS	Global Fund HIV/AIDS	32 500
Freiwilliger Beitrag an das Welternährungsprogramm	WFP	30 000
Freiwilliger Beitrag an die Organisation «Security Council Report»	Security Council Report	10 000
Freiwilliger Beitrag an den DPA Trust Fund Preventive Diplomacy	Trust Fund Preventive Diplomacy	10 000
Freiwilliger Beitrag an das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte für Malbun II	OHCHR	50 000
Freiwilliger Beitrag an die International Peace Academy	IPA	10 000
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	ICG	10 000
Freiwilliger Beitrag an das International Center for Transitional Justice	ICTJ	10 000
TOTAL		1 417 203
TOTAL der budgetierten Mittel		18 392 756
TOTAL der Ausgaben gemäss Rechnung		18 246 792
Kreditreservierung für 2006		100 000
Budgetunterschreitung Gelder Reyes Torres		50 380
Offizielle Entwicklungszusammenarbeit Liechtensteins gemäss ODA-Kriterien (inkl. Katastrophenfonds der Gemeinden von CHF 130 000)		CHF 17 381 933

BOTSCHAFTEN UND VERTRETUNGEN

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der vielfältigen, freund-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die Kontakte auf Regierungsebene sowie auf den Ebenen der Ämter bildeten auch 2005 Schwerpunkte. Höhepunkt der bilateralen Besuche war der Besuch S.D. des Erbprinzen bei Bundespräsident Schmid am 22. November. Die Botschaft ist weiterhin Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern.

Das Jahr 2005 und die Beziehungen zur Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins mit der Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt. Der direkte Kontakt zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichen eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisten die gegenseitige Information.

Zwei Volksabstimmungen dominierten im Jahr 2005 das politische Geschehen in der Schweiz. Am 5. Juni fand die Volksabstimmung über die Assoziation der Schweiz zu den Verträgen von Schengen und Dublin statt. Insgesamt 54,6% stimmten für den Beitritt zu Schengen. Am 25. September fand dann die Volksabstimmung über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen Mitgliedsländer der EU statt. Hier war das Ergebnis mit 56% Ja-Stimmen noch etwas deutlicher. Die Abstimmungen waren bedeutend, weil bei einem negativen Ausgang sowohl die erst 2004 unterzeichneten Bilateralen II als auch die bereits in Kraft gesetzten Bilateralen I gefährdet gewesen wären. Die weiteren Schritte mit der EU wurden dann am 26. Oktober in einer speziellen Europa-Klausur beschlossen. Der Bundesrat entschied insbesondere, das Beitritts-gesuch von 1992 nicht zurück-zuziehen. Ein Beitritt der Schweiz zur EU wird nun aber nicht mehr als ein strategisches Ziel, sondern als längerfristige Option bezeichnet. Die Botschaft ist in ständigem Kontakt mit den entsprechenden Ämtern der Schweiz, insbesondere im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), und koordiniert den Informationsfluss in den für die europäische Integrationspolitik Liechtensteins wichtigen Fragen.

In Ergänzung zu dem für die Schweiz erstrangigen Verhältnis zur EU wurde in einer Sondersitzung des Bundesrates am 18. Mai die Grundlage zu einer Intensivierung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten

von Amerika gelegt. Seit Juli 2005 wurden mit den USA Sondierungsgespräche über ein mögliches bilaterales Freihandelsabkommen geführt. Dieses hätte direkte Auswirkungen auf Liechtenstein und die Entwicklungen wurden entsprechend genau verfolgt.

2005 kam es auch wieder zu einer Reihe direkter Kontakte mit der Schweiz auf Regierungsebene:

Regierungsrat Ernst Walch war am 19. Januar Gast der EU-Botschafter in Bern. Ende März und Anfang April fanden in Bern verschiedene Abschiedstreffen des scheidenden Aussenministers statt, darunter mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey.

Am 6. Juni, einen Tag nach dem Schengen-Referendum fand der Antrittsbesuch der neuen liechtensteinischen Aussenministerin, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, bei ihrer Amtskollegin, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, statt.

Regierungschef Otmar Hasler traf am 17. Juni 2005 in Bern anlässlich des Jubiläums 25 Jahre Währungsvertrag Schweiz-Liechtenstein mit Bundesrat Friedrich Merz und dem Präsidenten der Nationalbank Jean-Pierre Roth zusammen.

Anlässlich des Besuchs von Regierungsrat Martin Meyer bei Bundesrat Christoph Blocher am 14. September in Bern wurde schwerpunktmässig die Zusammenarbeit im Polizeibereich diskutiert.

Am 29. September traf Bundesrat Christoph Blocher dann erneut mit Regierungsrat Martin Meyer anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Liechtenstein, Österreich und der Schweiz über den Austausch von Daten im Asylbereich zusammen.

Ende August 2005 erlebte die Schweiz die seit Jahren massivste Unwetterkatastrophe. Insgesamt wurden die Schäden auf über 1,3 Mrd. Franken geschätzt. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein unterstützte die beiden Gemeinden Saas und Susch in Graubünden mit je CHF 50 000. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck besuchte die beiden Gemeinden des Nachbarkantons am 21. Oktober. In Graubünden, aber auch auf Bundesebene bedankte man sich für diese Geste der Solidarität.

Am 2. November wurde in Bern das Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen unterzeichnet. Das Abkommen regelt u. a. die Rahmenbedingungen für die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und die Durchführung gemeinsamer Übungen. Für Liechtenstein unterzeichnete Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein, für die Schweiz Paul Seger, schweizerischer Botschafter für das Fürstentum Liechtenstein.

Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher besuchte Bundesrat Christoph Blocher in seiner Eigenschaft als Justizminister am 4. November in Graubünden.

Am 14./15. November fand in Bern das erste Treffen der Freundschaftsgruppen des Landtags und des schweizerischen Parlaments statt. Die Delegation aus Liechtenstein unter der Leitung von Landtagspräsident

Klaus Wanger wurde von Ständeratspräsident Bruno Frick empfangen. Nationalrätin Brigitta Gadiant aus Graubünden präsidiert die Gruppe auf Schweizer Seite. Die Schweiz hat bisher nur für die Nachbarstaaten solche parlamentarischen Kontaktgruppen.

Einen Höhepunkt der gegenseitigen Besuchsdiplomatie im Jahre 2005 stellte der Besuch S. D. des Erbprinzen bei Bundespräsident Samuel Schmid am 22. November im Landgut Lohn bei Bern dar. Damit führte die erste offizielle bilaterale Auslandsreise S. D. des Erbprinzen in die Schweiz. Am Vorabend des Besuchs gab es einen Presseanlass des Internationalen Liechtensteiner Presse Clubs an der Botschaft, der einer umfassenderen Information der Medien dienen sollte. Im Anschluss an den offiziellen Besuch hielt S. D. der Erbprinz ein Referat vor den in Bern akkreditierten Botschaftern der Mitglieds- und Kandidatenländer der EU.

Der neue Präsident der Eidgenössischen Bankenkommision, Herr Eugen Haltiner, besuchte am 5. Dezember 2005 die Finanzmarktaufsicht in Vaduz und stattete vorher Regierungschef Otmar Hasler einen Höflichkeitsbesuch ab. Eugen Haltiner trat sein Amt dann im Februar 2006 an.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat gemäss Nationalbankgesetz den Auftrag, die Zahlungsbilanz und die Auslandvermögensstatistik der Schweiz zu erstellen. Aufgrund des Währungsvertrags gilt dies auch für Liechtenstein. Die Botschaft koordinierte daher die Kontakte der SNB mit den liechtensteinischen Behörden. Ende 2005 wurde im Rahmen einer Vorerhebung bei liechtensteinischen Unternehmen festgelegt, welche Unternehmen ab dem Jahr 2006 für die jährlichen bzw. vierteljährlichen SNB-Erhebungen meldepflichtig sein werden.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1 700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Ausserdem werden sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen, vom EDA über die Botschaft geleitet. Diese Tätigkeit hielt sich 2005 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend war die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilfällen.

Aufgrund der konsularischen Aufgaben ist die Botschaft in der Liechtenstein-internen Arbeitsgruppe zur Schaffung einer neuen Passgeneration (biometrische Pässe) vertreten. Im Berichtsjahr fanden verschiedene Kontakte mit Schweizer Behörden statt, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Schweiz in diesem Bereich zu erörtern.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone und beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Die Vertretung Liechtensteins in Belgien und beim Heiligen Stuhl verlief ohne Probleme und konzentrierte sich auf repräsentative Aufgaben, den Informationsaustausch und das Konsularwesen. Besonders zu erwähnen ist die liechtensteinische Präsenz bei den Begräbnisfeierlichkeiten anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II. sowie bei der Installation seines Nachfolgers, Papst Benedikt XVI. Beim ersten Anlass stand das Fürstenpaar der Delegation vor. Beim zweiten Anlass waren S.D. der Erbprinz sowie Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zugegen.

Neben der Missions- und Botschaftstätigkeit im engeren Sinne wurde wiederum eine Reihe von weiteren Aufgaben im Auftrag der Regierung und in Vertretung anderer Amtsstellen wahrgenommen. Dazu gehörten Arbeiten im Bereich von Finanzplatzfragen und des Aussenpolitischen Expertenrates.

Botschaft des Fürstentums Liechtenstein in Berlin

Leiter: Botschafter Josef Wolf

Das Jahr 2005 war geprägt durch den weiteren Ausbau sowie die Pflege und Konsolidierung der bereits bestehenden zwischenstaatlichen Kontakte. Diesem Ziel dienten zahlreiche Besuche und Vorsprachen bei den wichtigsten staatlichen Organen und Institutionen. Insgesamt konnten den Ansprechpartnern die spezifischen Eigenheiten unseres Landes, insbesondere auch die den Finanzplatz betreffenden Aspekte näher gebracht werden. Das Image des Fürstentums Liechtenstein in Deutschland auf breiter medialer Ebene zu beeinflussen, bleibt aufgrund der begrenzten Ressourcen sehr schwierig.

Die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik war geprägt von den beiden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (Februar und Mai 2005), in denen die SPD jeweils harte Niederlagen hinnehmen musste, sowie von dem unmittelbar darauf gefassten Beschluss Gerhard Schröders über vorgezogene Neuwahlen. Im Sommer und Frühherbst erlebte Deutschland einen ungewöhnlich kurzen, aber intensiven Wahlkampf, der schliesslich nach Abschluss der langwierigen Koalitionsverhandlungen im November zum Regierungswechsel führte. Deutschlands Regierungschef ist zum ersten Mal

eine Frau. Insgesamt blickt das Land auf ein turbulentes Jahr zurück, die Stichworte lauten: Regierungskrise, Verfassungsstreit über das Instrument des Misstrauensvotums, Regierungswechsel und große Koalition zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte überhaupt, Inkrafttreten von Hartz IV und zahlreiche Demonstrationen gegen diese Sozialreform, zunehmende Arbeitslosigkeit sowie Kapitalismus-Debatte und nach unten korrigierte Wachstumsprognosen. Erst Ende 2005 war im Zeichen des Regierungswechsels vorsichtige Zuversicht in Deutschland spürbar.

Entwicklung der bilateralen Beziehungen

Zwischenstaatliche Kontakte

Die zwischenstaatlichen Kontakte wurden weiterhin systematisch ausgebaut bzw. konsolidiert. Dazu gehörten im Jahr 2005 unter anderem folgende Termine des Botschafters:

Auswärtiges Amt

15. März: Besprechung im Auswärtigen Amt (AA) zum Reformprozess der VN; eingeladener Kreis: die EFTA-Staaten

20. April: Treffen mit Staatssekretär Hans-Martin Bury

26. Mai: Briefing im AA zum Stand der VN-Reformen

28. September: Antrittsbesuch beim neuen Staatssekretär Georg Boomgarden im AA

Bundespräsident/Bundespräsidialamt

5. Juli: Besuch des Diplomatischen Corps in Baden-Württemberg auf Einladung des Bundespräsidenten

5. Dezember: Besuch bei Staatssekretär Dr. Michael Jansen

Bundesministerium der Finanzen

3. Mai: Begleitung von Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks auf ihrem Besuch in Liechtenstein (Teilnahme am Europa-Symposium)

31. Mai: Zusammentreffen mit Staatssekretär Caio Koch-Weser, Leiter der Abteilung «Nationale und internationale Finanz- und Währungspolitik»

Deutscher Bundestag

27. Januar: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

18. März: Zusammentreffen mit einem Teil der Delegation des Finanzausschusses zur Vorbesprechung des Besuchs in Liechtenstein

6./7. April: Besuch einer Delegation des Finanzausschusses des Bundestages in Liechtenstein (siehe unten)

8. Mai: Teilnahme an den Gedenkfeiern «60 Jahre seit Kriegsende»

12. Mai: Nachbesprechung des Besuches des Finanzausschusses im Bundestag

13. Dezember: Besuch bei Dr. Friedrich Merz, MdB

Deutsche Bundesländer

22. Juni: Teilnahme an der Feier zur Betriebserweiterung der Papalina GmbH (Unternehmen der Ospelt-Gruppe)

in Apolda (Thüringen) in Anwesenheit von Ministerpräsident Dieter Althaus

30. Juni: Höflichkeitsbesuch bei Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt) in Verbindung mit der Ferdinand Nigg-Ausstellung in Magdeburg

3. Oktober: Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit in Potsdam (Brandenburg)

Besuch S.D. des Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein in Berlin

Am Montag, den 17. Januar 2005, stattete S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) in Berlin einen Besuch ab. Die DPG hatte den liechtensteinischen Erbprinzen eingeladen, nachdem dieser im August 2004 als Stellvertreter seines Vaters, Fürst Hans-Adam II., die Regierungsgeschäfte übernommen hatte. In seiner Rede vor dem prominenten deutschen Publikum, in dem zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur, den Medien und der Diplomatie vertreten waren, ging S.D. der Erbprinz zunächst auf die Geschichte des Fürstentums Liechtenstein und auf die historischen sowie politischen Beziehungen zu Deutschland ein. Die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern seien heute durch eine dichte wirtschaftliche Vernetzung gekennzeichnet, aber ebenso durch sehr persönliche Verbindungen geprägt.

Für das Diplomatische Corps in Berlin: Neujahrsempfang des Bundespräsidenten am 12. Januar 2005 sowie Empfang des neuen deutschen Außenministers, Frank-Walter Steinmeier, am 20. Dezember 2005.

Botschafter Wolf nahm an beiden Anlässen teil.

Besuch des Liechtensteinischen Bankenverbandes (LBV) in Berlin

Am 14. Juni fand in der liechtensteinischen Residenz ein Abendessen aus Anlass des Besuchs von Herrn Michael Lauber, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes, statt. Neben ihm nahmen mehrere Persönlichkeiten aus Berlin an dem Diner teil, darunter Prof. Dr. Charles B. Blankart von der Humboldt-Universität, der CDU-Abgeordnete Manfred Kolbe (Finanzausschuss des Bundestages) sowie Klaus von der Heyde, Präsident des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI). Der Besuch war nicht zuletzt vor dem Hintergrund zu sehen, dass Deutschland im Jahr 2004/05 das Schwerpunktland der Öffentlichkeitsarbeit des LBV darstellte.

Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages in Vaduz

Am 6. und 7. April 2005 besuchte eine sechsköpfige Delegation des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages das Fürstentum Liechtenstein. In weniger als einem Jahr war dies der dritte Besuch eines deutschen Parlamentsausschusses. Im Juni und November 2004 waren bereits der Auswärtige Ausschuss und der Wirtschaftsausschuss in Liechtenstein zu Gast gewesen. Unter der

Leitung des Abgeordneten Lothar Binding (SPD) umfasste die Delegation vier weitere Ausschussmitglieder: Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU), Gabriele Frechen (SPD), Manfred Kolbe (CDU/CSU) und Simone Violka (SPD).

Am Abend des 6. April fand eine Besprechung statt, zu der Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck und Regierungsrat Ernst Walch eingeladen hatten und an der auch Landtagspräsident Klaus Wanger sowie Landtagsvizepräsident Peter Wolff teilnahmen. Ebenso geladen waren die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK), der Treuhänderverband, der Bankenverband, der Fondsverband und der Versicherungsverband. Am 7. April setzten die Abgeordneten ihre Fachgespräche mit der Regierung und Experten aus der liechtensteinischen Verwaltung fort. Die Delegation wurde von dem deutschen Botschafter für Liechtenstein und die Schweiz, Frank Elbe, sowie vom liechtensteinischen Botschafter in Berlin, Josef Wolf, begleitet.

Rückgabe von SED-Vermögen an die Bundesrepublik Deutschland

Liechtenstein hat rund 2,6 Millionen Franken an Deutschland überwiesen. Das Geld stammt aus dem veruntreuten Partei- und Staatsvermögen der ehemaligen DDR. Nach Einschätzung der liechtensteinischen «Financial Intelligence Unit» ist der Fall ein Beispiel der guten Kooperation zwischen deutschen und liechtensteinischen Behörden bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität. In Berlin hatte die «Unabhängige Kommission Parteivermögen» die Rückgabe am 14. Januar bekannt gegeben. Die großen Tageszeitungen «Die Welt» und die «Süddeutsche Zeitung» sowie die «NZZ» und die «Wiener Zeitung» berichteten jeweils mit einer knappen Meldung über die Rückzahlung. (Vgl. auch den Pressespiegel vom 17.01.2005, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt).

Öffentlichkeitsarbeit

Medienkontakte

15. Februar: Teilnahme an der Diskussionsrunde im ZDF-Hauptstadtstudio: «Nationen 2005» mit Schwerpunkt Europa
22. April: Treffen und Empfang in der Residenz von Journalisten, Vertretern der Schweizer und der österreichischen Botschaft sowie des Auswärtigen Amtes: Vorstellung des Berichtes der Unabhängigen Historikerkommission durch Prof. Peter Geiger
21. September: Treffen mit Dr. Markus Schächter, Intendant des ZDF

Vorstellung des UHK-Berichtes in Berlin

Nachdem die Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg (UHK) am 13. April 2005 die Zusammenfassung ihres Abschlussberichtes in Vaduz

der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, wurden am 22. April auch deutsche Medienvertreter in Berlin über die Forschungsergebnisse informiert. Gerade in Deutschland schien es angezeigt, die Arbeit der UHK publik zu machen. Auf Einladung von Botschafter Josef Wolf skizzierte der Vorsitzende der UHK, Peter Geiger, während eines Pressegesprächs in der liechtensteinischen Residenz die wichtigsten Erkenntnisse der vierjährigen Forschungsarbeit.

Liechtenstein-Salons

Der Liechtenstein-Salon, der etwa zwei- bis dreimal im Jahr stattfinden soll, dient einer zweifachen Zielsetzung. Zum einen werden hochstehende Gäste mit Multiplikatoren-Funktion eingeladen, um so das Liechtenstein-Bild in Deutschland positiv zu beeinflussen. Zum anderen kommen diese Persönlichkeiten auch als potenzielle LGT-Kunden in Frage. In diesem Sinne ist der Liechtenstein-Salon auch Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen der Botschaft und der LGT in Deutschland.

Am 16. Juni 2005 richtete die Botschaft Berlin den Salon zum ersten Mal aus. Für diese Premiere konnten S.D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein sowie Prof. Dr. W. Michael Blumenthal, Direktor des Jüdischen Museums Berlin und früherer Finanzminister der USA, gewonnen werden. Am 3. November fand der zweite Liechtenstein-Salon statt, dieses Mal in Verbindung mit der Vernissage des Bildhauers Igor Ustinov. Ustinov ist zugleich Vorsitzender einer Stiftung, die nach seinem Vater Sir Peter eingerichtet hatte und die sich dem Kampf gegen das Vorurteil verschrieben hat.

Praktikanten des Auswärtigen Amtes zu Gast beim liechtensteinischen Botschafter

Am 13. Dezember empfing Botschafter Josef Wolf eine Gruppe von 18 Praktikanten aus dem Auswärtigen Amt in der liechtensteinischen Residenz. Das Treffen war auf Anfrage der Studenten zustande gekommen, die sich ein Bild von der Botschaftstätigkeit eines Kleinstaates machen wollten. Botschafter Wolf informierte die Gruppe nicht nur über seine Aufgaben in Berlin, sondern brachte den Studenten in seinem Vortrag auch das politische System sowie die Geschichte und Kultur des Fürstentums näher.

Kunst und Kultur

Ausstellungseröffnungen und Ähnliches

- Weimar am 21. Januar: Eröffnungsrede bei der Vernissage von Miriam Prantl und Hanna Roeckle in der Kunsthalle Weimar
- Weimar am 4. Februar: Teilnahme an der Einweihung des neuen Gebäudetraktes der Anna-Amalia-Bibliothek
- Berlin-Köpenick am 29. April: Eröffnung der Ausstellung von vier liechtensteinischen Künstlerinnen in Adlershof

- Berlin am 9./10. Mai: Teilnahme an den Feierlichkeiten zur Eröffnung der Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas
- Berlin am 21. Mai: Teilnahme an der Einweihung des Neubaus der Akademie der Künste am Pariser Platz
- Berlin am 18. Juni: Vernissage und Empfang anlässlich der Ausstellung Künstler.archiv in der Akademie der Künste
- Magdeburg am 30. Juni: Eröffnung der Ferdinand Nigg-Ausstellung
- Berlin am 3. November: Eröffnung der Wanderausstellung «Momente des Lebens» von Igor Ustinov in der liechtensteinischen Residenz im Rahmen des 2. Liechtenstein-Salons; im Monat November eröffnete Dr. Wolf die Ausstellung in vier weiteren Städten, in denen die LGT neben Frankfurt am Main vertreten ist: Hamburg, München, Stuttgart und Köln.
- Berlin am 8. November: Grusswort anlässlich der Buchvorstellung «Ich habe zu kurz gelebt – Die Geschichte der Nora Gräfin Kinsky» der Autorin Monika Czernin
- Berlin am 18. November: Eröffnung der Ausstellung «Faites vos jeux», die zuvor im Kunstmuseum Liechtenstein zu sehen war, in der Berliner Akademie der Künste (AdK).

Frankfurter Buchmesse

Vom 19. bis 23. Oktober 2005 fand die Frankfurter Buchmesse statt. Liechtenstein nahm bereits zum 6. Mal in Folge teil. Organisator ist der Kulturbeirat der Regierung. Präsentiert wurden rund 100 Bücher, Videos, DVDs und CDs von liechtensteinischen Verlagen, Autoren und Autorinnen, Herausgebern und Herausgeberinnen, die in Liechtenstein oder im Ausland leben.

Liechtenstein im deutschen Sprachraum

Auf dem Buchdeckel des Rechtschreib-Dudens scheint Liechtenstein noch nicht auf, trotzdem ist uns dieses Jahr ein Durchbruch gelungen. Das «Variantenwörterbuch des Deutschen» hat diese Lücke gefüllt. Der Untertitel des Variantenwörterbuchs (auf dem Buchdeckel platziert) lautet: «Die Standardsprache in Österreich, der Schweiz und Deutschland sowie in Liechtenstein, Luxemburg, Ostbelgien und Südtirol.»

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Die guten Beziehungen zwischen Liechtenstein und den Vereinigten Staaten konnten durch eine produktive Zusammenarbeit in den Bereichen Rechtshilfe, Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie durch gegenseitige Besuche gefestigt werden. Das dritte Jahr des Bestehens der Liechtensteinischen Botschaft in Washington war geprägt von der Pflege und Weiterentwicklung der etablierten Kontakte, wobei die Kombination der beiden Ressorts Äusseres und Kultur eine ideale Möglichkeit bot, um diese beiden Aspekte der Liechtenstein-Darstellung in den USA zu verbinden. Mit Aussenministerin Dr. Condoleezza Rice und ihrem Stellvertreter Bob Zoellick steht das Department of State unter der Leitung von zwei Personen mit weitreichender Erfahrung.

Oil-for-Food

Einige Ausschüsse des US-Kongresses befassten sich mit Einzelheiten des Skandals, welcher dem Ansehen der Vereinten Nationen sowohl im US-Kongress als auch in der amerikanischen öffentlichen Meinung sehr geschadet hatte und UNO-Gegnern in den USA Auftrieb gab. Bei den Anhörungen im Kongress wurden auch fallweise liechtensteinische Firmen und Treuhänder erwähnt. Eine Kontaktnahme seitens der FIU mit Mitarbeitern der relevanten Ausschüsse erfolgte Ende Juni.

Innenpolitische Entwicklung

Wirbelsturm «Katrina»

Es handelte sich um den stärksten und verheerendsten Hurrikan in der amerikanischen Geschichte. Er verwüstete weite Teile der Golfküste. Besonders betroffen waren die Staaten Mississippi, Louisiana und Alabama. Die Regierung stellte CHF 100'000 zur Verfügung. Damit soll ein Hilfsprojekt finanziert werden, und 10 von den Ereignissen traumatisierte Kinder wurden zu einem einwöchigen Besuch nach Liechtenstein eingeladen.

Wirtschaft

Im Berichtsjahr fanden zwischen der Schweiz und den USA Vorgespräche statt im Hinblick auf ein mögliches bilaterales Freihandelsabkommen, von welchem in den Zollvertragsbereichen auch Liechtenstein betroffen wäre (zwischenzeitlich ist klar, dass ein solches Abkommen vorläufig nicht zustande kommt und durch ein «schweizerisch-amerikanisches Handels- und Investitionsforum» ersetzt wird).

Finanzplatzrelevante Entwicklungen

Die Botschaft pflegte die bestehenden Beziehungen mit den zuständigen Beamten im US-Finanzministerium (Depart-

ment of the Treasury) und stellte solche her zu neuen Beamten, die infolge interner Umbesetzungen neu mit Liechtenstein-Agenden betraut wurden. Von beiden Seiten wird die Zusammenarbeit als hervorragend bezeichnet.

Drei Experten aus den USA nahmen am Liechtenstein Dialogue 2005 teil: Botschafter Richard McCormack, Valerie McNevin und Ted Greenberg. Die Kontakte mit Persönlichkeiten aus Liechtenstein sowie weiteren Teilnehmern des Liechtenstein Dialogue wurden von den drei Personen sehr geschätzt.

Ein Besuch des Leiters der FIU und seines Stellvertreters diente der Kontaktpflege und gegenseitigen Information mit den zuständigen Beamten des amerikanischen Finanzministeriums sowie den Vollzugsbehörden.

Wie im vergangenen Jahr war auch im Berichtsjahr der Bestrebung im US-Kongress kein Erfolg beschieden, dass das Finanzministerium (Department of the Treasury) aufgrund einer selbst erstellten Liste «nicht-kooperativer Steuerparadiese» (Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten) jene Steuerzahler von Abzügen ausschliessen soll, welche in einem der bezeichneten Niedrigsteuere Länder Gelder deponiert haben.

Kongress

Der traditionelle Besuch einer Delegation des US-Kongresses in Liechtenstein (25./26. Februar) diente dem gegenseitigen Kennenlernen sowie der Vorstellung Liechtensteins als Wirtschaftsstandort und Finanzplatz. Der Kontakt mit den Abgeordneten wurde in Washington aufrechterhalten. Die Botschafterin traf sich im Berichtsjahr mit 14 Mitgliedern des Kongresses sowie deren Mitarbeitern, um über Liechtenstein und die Gebiete der liechtensteinisch-amerikanischen Zusammenarbeit zu informieren.

Öffentlichkeitsarbeit, Kultur, Bildung

Am 21. März wurde im Atrium des Onassis-Kulturzentrums in New York die Ausstellung der von der liechtensteinischen Künstlerin Anne Frommelt («Artemis») gewobenen Tapisserienserie der Odyssee im Beisein von Regierungsrat Ernst Walch eröffnet. Die Ausstellung dauerte 6 Wochen und stellte die Webkunst von Artemis erstmals einem amerikanischen Publikum vor.

Ende April reiste eine Gruppe der Hochschule Liechtenstein, bestehend aus Studenten sowie Mitgliedern der Fakultät, nach New York und Princeton. Fakultätsmitglieder reisten weiter in andere Landesteile, um mit ausgesuchten Universitäten über eine vermehrte Zusammenarbeit und den Studentenaustausch zu sprechen. Die Botschaft war bei der Vorbereitung der Besuche und Gespräche behilflich.

Der Liechtenstein-Abend im Heurich-House am 27. September in Anwesenheit von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck bot erstmals Gelegenheit, in Washington nebst Informationen über das Land auch von liechtensteinischen Köchen zubereitete Spezialitäten zu servieren.

Am 29. September fand in der Corcoran Gallery of Art eine Gedichtlesung mit anschliessendem Empfang

der Botschafter der folgenden europäischen Kleinstaaten statt: Malta, Zypern, Luxemburg, Island, Slowenien und Liechtenstein. Es war dies die zweite gemeinsame Kulturveranstaltung.

Weitere von der Botschaft durchgeführte Kulturveranstaltungen (Vortrag mit Fragestunde und anschliessendem Empfang) fanden im American News Women's Club, in der George Washington University, der American University, der St. Alban's School sowie in den Botschaftsräumlichkeiten selbst statt. Des Weiteren wurden Gruppen von Mitarbeitern der US-Kongressmitglieder sowie Interessenverbände zu Informationsveranstaltungen in die Botschaft eingeladen.

Besuche

- | | |
|--------------------|--|
| 25.-26. Februar | traditioneller Besuch einer Delegation des US-Kongresses in Liechtenstein |
| 18.-19. April | Besuch der Botschafterin bei der stellvertretenden Gouverneurin des Staates Pennsylvania |
| 27. Juni – 1. Juli | Jahrestagung der Egmont-Gruppe in Washington. Die FIU-Vertreter trafen sich am Rande mit Mitgliedern des Kongresses bzw. deren Mitarbeitern. |
| 2.-4. Juli | OSZE-Parlamentariertreffen in Washington – Teilnahme Abg. Doris Beck und Josy Biedermann |
| 1. September | Besuch der Botschafterin bei der Firma Ivoclar-Vivadent in Amherst, N.Y., in Anwesenheit von Congressman Tom Reynolds, in dessen Wahlkreis das Unternehmen liegt. Mit dem Betrieb in Amherst sind rund 260 Arbeitsplätze verbunden. |
| 14.-15. September | Besuch von Regierungschef Otmar Hasler in Washington
– Frühstückstreffen mit Mitgliedern des US-Kongresses
– Besuch des Holocaust-Museums mit Kranzniederlegung
– Vortrag in der Riggs-Bibliothek der Georgetown University |
| 25.-26. September | Besuch von Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Chicago
– Abendessen gegeben vom Direktor des Swiss Business Hub
– Besuch kultureller Institutionen
– Mittagessen für Liechtensteiner / Innen |
| 27.-28. September | Besuch von Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Washington und Princeton
– Vortrag an der Georgetown University Business School
– Vortrag beim European Institute |

- Treffen mit Mitgliedern des US-Kongresses
- Besuch kultureller Institutionen
- Treffen mit dem Kulturbeauftragten von Präsident Bush
- Liechtenstein-Abend im Heurich-House
- Treffen mit Sandra Day O'Connor, Richterin am Obersten Gerichtshof
- Besuch der Princeton University, Zusammentreffen mit der Rektorin der Woodrow Wilson School of Public and International Affairs und Fakultät, Besuch des Liechtenstein Institute on Self-Determination.

6.-7. Oktober

- Besuch der Botschafterin in Colorado
- Treffen mit dem Gouverneur von Colorado
 - verschiedene Treffen mit Lokalpolitikern sowie Vertretern von Finanz und Wirtschaft
 - Vortrag an der University of Colorado
 - Treffen mit Kadetten der Militärakademie
 - Besichtigung von High-Tech-Betrieben

Im Berichtsjahr kamen drei unbezahlte Praktikanten bzw. Praktikantinnen bei der Botschaft zum Einsatz. Es handelte sich dabei vorwiegend um Studenten bzw. Studentinnen, die das Teilzeitpraktikum neben ihrem Studium absolvierten.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der Botschaft war es, die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Im vergangenen Jahr fand eine Reihe von hochrangigen Besuchen, sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen gehörten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein sowie die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsangehöriger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft in Wien. Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit Österreich im Bereich der Auslandhilfe und der Österreich-Bibliotheken wurde erfolgreich weitergeführt und vertieft.

Besuche des Landesfürsten

Im Beisein von S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein wurde im Liechtenstein Museum eine

Gemeinschaftsbriefmarke Liechtensteins und Österreichs präsentiert. Die Gemeinschaftsbriefmarke zwischen den beiden Nachbarländern ist Ausdruck der engen Beziehungen, auch im Bereich der Briefmarken und förderte die Präsenz des Landes in Österreich.

S.D. der Fürst wurde in Österreich für seine Verdienste um die Europäische Kultur in Wien mit dem Pro-Europa-Kulturpreis gewürdigt. Bei dieser Gelegenheit trafen sich S.D. der Fürst und mit Bundespräsident Dr. Heinz Fischer zu einem Arbeitsgespräch.

Staatsoberhäuptertreffen in Salzburg

S.D. Erprinz Alois von und zu Liechtenstein nahm am zweiten Treffen der vier deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Salzburg teil. Zentrale Themen im Gespräch mit den Bundespräsidenten aus Österreich, Deutschland und der Schweiz waren Europa, Afrika sowie die wirtschaftliche Situation in den vier teilnehmenden Ländern.

Forum Alpbach

Regierungschef Otmar Hasler hat auch in diesem Jahr am Europäischen Forum Alpbach teilgenommen.

Treffen auf Regierungsebene

Treffen mit der österreichischen Bundesregierung

Auf höchster Regierungsebene fanden zahlreiche Treffen zwischen Liechtenstein und Österreich in Vaduz statt. So war Wirtschaftsminister Dr. Martin Bartenstein zu einem Arbeitsbesuch bei Regierungschef Otmar Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher. Regierungsrat Martin Meyer traf Verkehrsminister Hubert Gorbach, Aussenministerin Dr. Ursula Plassnik folgte einer Einladung von Rita Kieber-Beck und Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher empfing Justizministerin Mag. Karin Gastinger ebenfalls zu einem Arbeitsgespräch.

Daneben kam es zu zwei Besuchen liechtensteinischer Regierungsmitglieder bei österreichischen Mitgliedern der Bundesregierung. Regierungsrat Hugo Quaderer besuchte Bildungsministerin Elisabeth Gehrler zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Er traf zudem mit Bundesministerin Ursula Haubner vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz zusammen. Regierungschef-Stellvertreter und Justizminister Klaus Tschüscher nahm an einem Justizministertreffen mit Finnland, Luxemburg, Slowenien und Kroatien in Salzburg teil. Europäische Themen sowie Themen des Strafvollzugs standen zur Diskussion.

Treffen mit österreichischen Landesregierungen

Auf Einladung stattete die liechtensteinische Regierung der Tiroler Landesregierung einen Freundschaftsbesuch in Innsbruck ab. Die liechtensteinische Regierung traf zudem mit der Vorarlberger Landesregierung in Feldkirch zusammen. Im Gespräch äusserte die Vorarlberger Landesregierung den Wunsch, die künftige Zusammenarbeit

mit Liechtenstein beim Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein-Programm zu verstärken.

Besuch des Präsidenten des Bankenverbandes

Der Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes, Michael Lauber, weilte zu einem Arbeitsbesuch in Wien. Er traf mit diversen österreichischen Vertretern aus Politik und Wirtschaft zusammen und stellte dabei die Entwicklungen des liechtensteinischen Bankenplatzes vor.

Treffen auf Beamtenebene

Der mittlerweile gut institutionalisierte Politische Dialog zwischen Liechtensteins Amt für Auswärtige Angelegenheiten und Österreichs Aussenministerium auf der Ebene der Generalsekretäre fand ebenfalls wieder statt. Themen der Gespräche waren die Entwicklungszusammenarbeit, die Bedeutung der konsularischen Dienste sowie die österreichische EU-Präsidentschaft.

Ausserdem kam es zu mehreren Expertentreffen zur Verhandlung eines Trilateralen Abkommens zwischen der Schweiz, Österreich und Liechtenstein im Asylbereich, welches noch im Berichtsjahr unterzeichnet wurde, sowie zum Informationsaustausch betreffend die Aufnahme biometrischer Daten in Reisepässen.

Spenden für Hochwasserkatastrophe

Liechtenstein hat die beiden im August vom Hochwasser betroffenen Bundesländer Tirol und Vorarlberg finanziell unterstützt. Regierungschef Otmar Hasler überreichte Tirols Landeshauptmann Herwig van Staa CHF 30 000, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck den Bürgermeistern von Nenzing und Frastanz je CHF 50 000 zur Beseitigung der Hochwasserschäden.

Liechtensteinische Mission in Brüssel

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Die EWR-Zusammenarbeit war auch im Berichtsjahr der wichtigste Arbeitsschwerpunkt der Mission Brüssel, insbesondere, da Liechtenstein im zweiten Halbjahr die Präsidentschaft im EWR innehatte. Daneben wurden die Vorbereitungen betreffend die Verhandlungen zu «Schengen» und «Dublin» weitergeführt und eine Reihe von Einzelfragen innerhalb und ausserhalb des EWR-Abkommens mit der EU behandelt. Dazu gehörte auch der anvisierte Einbezug Liechtensteins in das Landwirtschaftsabkommen zwischen der EU und der Schweiz. Die Verfolgung der politischen Entwicklungen in der EU erhielt eine besondere Priorität durch die Fragen um die Annahme oder Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

Das EWR-Abkommen funktioniert weiterhin klaglos und eine hohe Anzahl von Binnenmarktgesetzen konnten in das Abkommen übernommen werden. Mehrere Rechtsakte verlangten aus liechtensteinischer Sicht einer Anpassung oder nach Übergangsfristen. Nach längeren Verhandlungen gelang es im ersten Halbjahr die Modalitäten der Teilnahme der EFTA-Staaten in mehreren EU-Agenturen zu vereinbaren. Solche Agenturen spielen eine immer grössere Rolle bei der Verwaltung des Binnenmarktes, vor allem in Sicherheits- und Konsumentenschutzfragen, wie z.B. eine Agentur zur Zulassung von Medikamenten, oder in Bereichen des Lebensmittel-schutzes, der Luftfahrtsicherheit, der Eisenbahnen. Bei der Umsetzung von EWR-Vorschriften ist Liechtenstein im Ländervergleich deutlich in die untere Hälfte abgerutscht. Dies hat teilweise damit zu tun, dass im Berichtsjahr eine hohe Zahl von komplexen Gesetzeswerken anstand. Mit einer Verbesserung der Position im Jahr 2006 kann gerechnet werden.

Auch die Organe des EWR-Abkommens, wie der Gemischte EWR-Ausschuss, der EFTA-Gerichtshof und die EFTA-Überwachungsbehörde, erfüllten ihre Aufgaben im vorgesehenen Rahmen. Die Mission nimmt jede Woche an einer Reihe von statutarischen sowie ausserordentlichen Verhandlungssitzungen teil. Zu vermerken ist, dass für Liechtenstein ein neues Mitglied im Kollegium der EFTA-Überwachungsbehörde Einsitz nahm, Herr Kurt Jäger. Auch sonst gab es in den EWR-Organen eine Reihe von personellen Veränderungen.

Der liechtensteinische EWR-Vorsitz verlangte eine höhere Präsenz bei verschiedenen Tagungen, Sitzungen und Informationsveranstaltungen, verlief aber ohne besondere Vorkommnisse.

Der EWR-Rat fand bei seiner zweiten halbjährlichen Sitzung am 21. November unter dem Vorsitz von Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck statt. Unter den weiteren Ministersitzungen sei das EFTA-Treffen mit den EU-Finanzministern (ECOFIN) vom 8. November genannt, an dem Regierungschefstellvertreter Klaus Tschüscher teilnahm.

Kontakte mit der Kommission gab es in Vorbereitung der geplanten Verhandlungen zu einer eventuellen Assoziation Liechtensteins an Schengen (Grenzöffnung) und Dublin (Kooperation im Asylbereich). Gespräche fanden auch betreffend den Einbezug in das bilaterale Landwirtschaftsabkommen zwischen der EU und der Schweiz statt. In beiden Verhandlungsfragen konnten Fortschritte erzielt werden.

Zahlreich waren wiederum die Einsätze von Missionsangehörigen im Bereich der Information und des Gedankenaustausches (Interviews, Vorträge, Teilnahme an Fachseminaren usw.).

Am 1. Juli 2005 ist ein weiteres Abkommen zwischen Liechtenstein und der EU in Kraft getreten, nämlich das Abkommen über die Zinsertragsbesteuerung. Auch wenn es noch bis kurz vor dem Inkrafttreten eine Reihe von abzuklärenden Fragen und Verhandlungskontakten

gab, verlief die Einführung dieses Steuersystems bisher ohne nennenswerte Vorkommnisse.

Die Vorbereitungen zum Anlaufen des EFTA-Finanzmechanismus konnten im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen werden. Durch diesen Mechanismus finanzieren die EWR-EFTA-Staaten Projekte in weniger entwickelten Regionen der EU, namentlich in den neuen Mitgliedsländern.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Daniel Ospelt

Wichtigstes politisches Ereignis in der Berichtsperiode war das Dritte Gipfeltreffen des Europarats am 16.-17. Mai in Warschau. Besonders hervorzuheben sind ferner die 115. Session der Aussenminister am 16.-17. November in Strassburg, der Bericht des Menschenrechtskommissars über Liechtenstein sowie der Besuch einer Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen am 3.-4. November in Liechtenstein.

Zu den Prioritäten der polnischen Präsidentschaft im Ministerkomitee bis zum 17. Mai zählten die Vorbereitungen für das Dritte Gipfeltreffen in Warschau, die Stärkung und Konsolidierung der europäischen Einheit auch nach der EU-Erweiterung, die Förderung des interkulturellen Dialogs sowie die Entwicklung der lokalen Demokratie und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Schwerpunkte des portugiesischen Vorsizes im Ministerkomitee vom 17. Mai bis zum 17. November waren die Umsetzung der Beschlüsse des Dritten Gipfels, die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung der Anerkennung der kulturellen Dimension des Europarats als Mittel der Stärkung demokratischer Werte. Portugal hat den Vorsitz im Ministerkomitee am 17. November an Rumänien übergeben.

Drittes Gipfeltreffen des Europarats

Zum ersten Mal in der Geschichte des Europarats trafen sich die Staats- und Regierungschefs oder Aussenminister der 46 Mitgliedsstaaten des Europarats am 16.-17. Mai in Warschau zu einem gesamteuropäischen «Gipfel der Europäischen Einheit».

Ziel des Gipfels war es, die Grundwerte des Europarats zu bestätigen und die künftigen Ziele und Prioritäten der Organisation im Rahmen eines neuen politischen Mandats für die kommenden Jahre festzulegen. Der Gipfel wollte sicherstellen, dass die Tätigkeiten des Europarats den Bedürfnissen der 800 Millionen Europäer in seinen 46 Mitgliedsstaaten entsprechen. Es soll nach der EU-Erweiterung keine neue «Mauer» in Europa geschaffen werden. Weiters konnte die Arbeit des Europarats auf

die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet werden. Das Dritte Gipfeltreffen konnte mit der Verabschiedung einer politischen Erklärung - der Warschauer Erklärung - und eines Aktionsplans mit den wichtigsten Aufgaben des Europarats für die kommenden Jahre erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Erklärung von Warschau beginnt mit einer positiven Bewertung der europäischen Entwicklung in den vergangenen 10 Jahren, weist aber auch auf ungelöste Konflikte hin und fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und Solidarität der Mitgliedsstaaten angesichts verschiedener Herausforderungen und unterstreicht die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Nachbarregionen und der gesamten Welt. Insgesamt beinhaltet die Erklärung zehn Punkte, wie etwa die Stärkung der Demokratie, eine Würdigung des Systems des Menschenrechtsschutzes, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Europa, die Notwendigkeit der Einhaltung der Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten und die Verurteilung aller Formen von Diskriminierung und Intoleranz.

Der Aktionsplan beinhaltet weitere über die Kernaufgaben des Europarats hinausgehende umfangreiche Massnahmen: die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mitteln für den Gerichtshof und den Menschenrechtskommissar, eine strikte Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen, die Förderung des politischen Dialogs; die Sicherheit der Bürger Europas, insbesondere bei der Bekämpfung des Terrorismus, des Menschenhandels, der Gewalt gegen Frauen und Kinder, der Korruption und des organisierten Verbrechens; aber auch die Schaffung eines menschlicheren Europas unter anderem mit der Förderung des sozialen Zusammenhalts und des interkulturellen Dialogs. Ein wichtiges Kapitel befasst sich auch mit der Förderung der Beziehungen mit anderen europäischen und internationalen Organisationen und Institutionen wie der Europäischen Union, der OSZE und den Vereinten Nationen.

Liechtenstein war am Dritten Gipfeltreffen durch Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten. Zur liechtensteinischen Delegation gehörten zudem Botschafter Daniel Ospelt, Ständiger Vertreter beim Europarat, Botschafter Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Andrea Hoch, diplomatische Mitarbeiterin und Kerstin Appel, Mitarbeiterin der Regierung.

Ministertreffen/Konferenzen

Am 16. und 17. November fand in Strassburg unter dem Vorsitz des portugiesischen Aussenministers die 115. Session des Ministerkomitees des Europarats statt. Im Mittelpunkt dieser 115. Sitzung der Aussenminister standen die Beschlüsse des Dritten Gipfeltreffens in Warschau sowie die bereits eingeleiteten als auch die künftigen Folgearbeiten. Um die politischen Impulse des Gipfeltreffens möglichst rasch in konkrete Massnahmen umzusetzen, diskutierten die Aussenminister die Stärkung des Systems des

Europarats zum Schutz der Menschenrechte [Wirksamkeit der EMRK/Prot. 14, verstärkte Mittel für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Menschenrechtskommissar], verstärkte Massnahmen zur Förderung der Demokratie [Einrichtung eines Expertenzentrums für die kommunale Verwaltungsreform des Kongresses (KGRE); entschlossene Bekämpfung des Terrorismus sowie anderer Formen der Kriminalität wie Korruption und «Cybercrime»]; Massnahmen zugunsten eines humaneren Europas [Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft; Bekämpfung von Gewalt an Frauen einschliesslich häuslicher Gewalt, Förderung von Kinderrechten sowie Schutz von Kindern gegen alle Formen von Gewalt und sexueller Ausbeutung] und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Europarat, der EU, der OSZE und den Vereinten Nationen. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertrat Liechtenstein an diesem Ministertreffen.

An der 26. Justizministerkonferenz am 8.-9. April in Helsinki war Liechtenstein durch den Ständigen Vertreter beim Europarat vertreten. Im Mittelpunkt der Debatten standen soziale Aspekte der Justiz, insbesondere Methoden zur Bekämpfung von Überschuldung und die daraus resultierende soziale Ausgrenzung, die soziale Aufgabe des Strafrechts sowie die Bekämpfung des Terrorismus.

Vom 4. bis 6. Mai fand im Rahmen der Konferenz der Europäischen Bildungsminister in Krakau ein Seminar über das Gedenken an den Holocaust im Schulunterricht statt. Es umfasste aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau einen Holocaust-Gedenktag an dieser historischen Stätte. Liechtenstein war durch Regierungsrat Hugo Quaderer und Schulamtsleiter Guido Wolfinger vertreten.

An der 7. Europäischen Jugendministerkonferenz am 23.-24. September in Budapest war Liechtenstein durch Dr. Marcus Büchel, Leiter des Amtes für Soziale Dienste, vertreten. Das Thema «Menschliche Würde und sozialer Zusammenhalt: Jugendpolitik reagiert auf Gewalt» stand im Mittelpunkt der Konferenz, auf der eine Abschlusserklärung verabschiedet wurde, in welcher Massnahmen enthalten sind, um alle Formen von Gewalt einzudämmen oder zu verhindern, mit denen Jugendliche - entweder als Opfer oder als Täter - konfrontiert werden.

Teilnahme an Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden neben der vorgenannten 115. Ministersession am 16.-17. November in Strassburg 41 Sitzungen des Ministerkomitees auf Delegiertenebene, d.h. auf Ebene der Ständigen Vertreter/Botschafter, statt.

Zudem gab es noch 112 Treffen von Arbeitsgruppen des Ministerkomitees, bei denen der Ständige Vertreter infolge der sehr beschränkten personellen Ressourcen der Ständigen Vertretung an den folgenden Sitzungen teilnahm:

- Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Dritten Gipfeltreffens (GT-SOM3)
- Folge-Komitee des Dritten Gipfeltreffens (CM-SUIV13)
- Berichterstattergruppe demokratische Stabilität (GR-EDS)

- Berichterstattergruppe Menschenrechte (GR-H)
- Ad-hoc-Arbeitsgruppe institutionelle Reformen (GT-REF-INST)
- Berichterstattergruppe administrative und budgetäre Fragen (GR-AB)

Der Ständige Vertreter nahm zudem an den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Verwaltungsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris teil.

Im Berichtsjahr erfolgte eine Teilnahme von liechtensteinischen Experten an 28 Sitzungen von Expertenkomitees des Europarats sowie an 4 Sitzungen aufgrund von Teilabkommen des Europarats. Die Reisekosten und Spesen wurden vom Europarat übernommen.

Europäisches Jahr der Demokratieerziehung 2005

Der Europarat hat das Jahr 2005 zum Europäischen Jahr der Demokratieerziehung erklärt. Es wurde mit einer Konferenz am 13.-14. Dezember 04 in Sofia eingeleitet. Auf der Konferenz wurde hingewiesen, wie bedeutend die Erziehung aus einer Perspektive des lebenslangen Lernens für die Entwicklung zum aktiven Staatsbürger und für die Förderung demokratischer Kultur sei. Verschiedene Arbeiten zielten in diesem Europäischen Jahr der Demokratieerziehung darauf ab, Beispiele guter Praxis zu verbreiten, demokratische Werte bewusst zu machen sowie entsprechende Initiativen und Partnerschaften anzuregen. Demokratie lernen und leben war die Botschaft des Europarats für das Jahr 2005.

Bericht des Menschenrechtskommissars Gil-Robles über Liechtenstein

Nach seinem offiziellen Besuch in Liechtenstein am 9. und 10. Dezember 2004 stellte der Menschenrechtskommissar des Europarats, Alvaro Gil-Robles, den Bericht über Liechtenstein am 4. Mai 2005 im Ministerkomitee vor. Insgesamt zeigte sich der Menschenrechts-Kommissar über die Menschenrechtssituation in Liechtenstein sehr zufrieden. Als Punkte positiver Kritik mit Verbesserungsmöglichkeiten erwähnte er u. a. die Stärkung der rechtlichen Stellung der in Liechtenstein lebenden Ausländer, die Behandlung von Asylgesuchen und Aufenthaltsgenehmigungen sowie die Beistellung eines Anwalts bei der Verhaftung.

Neuer Menschenrechtskommissar des Europarats

Nachdem das sechsjährige Mandat des derzeitigen Menschenrechtskommissars des Europarats, Alvaro Gil-Robles, am 1. Januar 2006 endete, war im Herbst 2005 eine Neuwahl notwendig geworden. In der Herbstsession der Parlamentarischen Versammlung wurde Thomas Hammarberg zum neuen Menschenrechtskommissar des Europarats gewählt. Er tritt sein Mandat am 1. April 2006 an.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Die 12. Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) fand vom 31. Mai bis 2. Juni in Strassburg statt. Liechtenstein war an dieser

12. Plenarsitzung durch die Vorsteher Donath Oehri, Gamprin, und Norman Wohlwend, Schellenberg, vertreten. Im Mittelpunkt der Debatten standen u. a. die Umsetzung der Prioritäten des Kongresses, die Rolle der Städte und Regionen bei der Bekämpfung von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung, die Sanierung der Bergbau- und Industriegebiete sowie Berichte über Gemeinde- und Regionaldemokratie in Schweden, Dänemark und in den Niederlanden.

Die Beratungen der Kammer der Gemeinden befassten sich u. a. mit Gemeinden in Notlagen infolge von Natur- und Industriekatastrophen, der Rolle der Gemeinden bei Ölkatastrophen sowie der Rolle der Gemeinden bei der Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Ferner wurde ein Bericht über die kommunale Selbstverwaltung in Luxemburg zur Kenntnis genommen.

Kongress-Delegation in Liechtenstein

Am 3.-4. November besuchte eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) Liechtenstein und führte Gespräche mit der Regierung und Vertretern der Gemeinden Vaduz, Gamprin und Schellenberg über die Umsetzung der Europäischen Charta für kommunale Selbstverwaltung, welche für Liechtenstein am 1. September 1988 in Kraft getreten ist. Es kamen die Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden, die Ausgestaltung der Gemeindeautonomie und die Finanzaufteilung bzw. den Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden zur Sprache. Angesprochen wurden unter anderem auch die Integration von Ausländern in den Gemeinden, das Wahlrecht für Ausländer, die Aktivitäten für Ausländer, die Einbürgerungspraxis und Sicherheitsfragen. Bei den Besuchen in den Gemeinden Vaduz, Gamprin und Schellenberg konnte die Kongress-Delegation einen sehr guten Überblick und Eindruck über diese Gemeinden und ihre Aufgaben gewinnen. Der Bericht über diesen Besuch wird im Verlauf von 2006 in Strassburg vorgestellt.

CPT-Wahlen im Ministerkomitee

Am 1. Dezember wurden verschiedene Mitglieder des Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) neu gewählt. Für Liechtenstein wurde Frau Isolde Kieber mit grosser Mehrheit für eine weitere Mandatszeit vom 20. Dezember 2005 bis zum 19. Dezember 2009 wiedergewählt.

Dialog zwischen der Parlamentarischen Versammlung (PV) und dem Landtag

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats beschloss im Jahr 2004, mit den Behörden Liechtensteins nach den Landtagswahlen im März 2005 in einen Dialog zu treten, um sowohl die verfassungsrechtliche wie auch die politische Praxis nach dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen zu überprüfen. Eine erste Gesprächsrunde zwischen dem Ad-hoc-Ausschuss des Landtags

und der Vertretung der Parlamentarischen Versammlung wurde am 26.-27. September in Liechtenstein abgehalten. Ein Gegenbesuch fand Ende Januar 2006 in Strassburg statt. Nach dieser zweiten Gesprächsrunde ist vom luxemburgischen Vorsitzenden Glesener von Seiten des Ad-hoc-Ausschusses der PV ein Bericht für das «Präsidium» der PV anzufertigen.

Europarat gedenkt der Befreiung von Ausschwitz

Am 25. Januar fand im Europarat eine Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung von Ausschwitz statt. Der Europarat hat den «Europäischen Tag zum Gedenken des Holocaust und zur Verhütung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit» eingeführt.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung setzte ihr aktives Engagement in diversen formellen und informellen UNO-Gremien in New York fort, unter besonderer Berücksichtigung finanzplatzrelevanter Entwicklungen (v.a. Oil-for-Food-Untersuchung) und der aussenpolitisch prioritären Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht und humanitäre Hilfe. Dabei standen die Aktivitäten im Zeichen des Weltgipfeltreffens im September, welches Anlass für umfangreiche Massnahmen zur Reform der Vereinten Nationen sowie zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit bot.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen

Liechtenstein kooperierte mit der von Paul Volcker geleiteten Kommission zur Untersuchung des Oil-for-Food-Programms. Die Kommission legte im September und Oktober ihre Abschlussberichte vor und stellte fest, dass das Programm von Saddam Hussein umfassend manipuliert und für Schwarzgeldzahlungen genutzt wurde. Der Sicherheitsrat habe das Programm von Beginn an fehlerhaft konzipiert und es anschliessend gemeinsam mit dem UNO-Sekretariat an der notwendigen Überwachung mangeln lassen. Insgesamt wird rund 2000 Firmen weltweit vorgeworfen, an unzulässigen Zahlungen beteiligt gewesen zu sein, darunter auch Gesellschaften aus Liechtenstein. Der Ausschuss hob in seinen Berichten die aktive Kooperation Liechtensteins besonders hervor. Die Ständige Vertretung konnte weiters gemeinsam mit der FIU die Übergabe eines in Liechtenstein registrierten, dem vormaligen irakischen Regime zurechenbaren Business-Jets an die neue irakische Regierung vorbereiten und durchführen, dies in Umsetzung des neuen

Sanktionenregimes des Sicherheitsrates gegen die früheren Machthaber des Irak. Liechtenstein setzte den Berichtsdialog mit Unterorganen des Sicherheitsrates betreffend Terrorismusbekämpfung (u.a. Terrorismusfinanzierung) fort. Hinsichtlich der vom Sicherheitsrat gegen Einzelpersonen und Gesellschaften getroffenen Massnahmen (u.a. Sperre von Vermögenswerten) setzte sich Liechtenstein für mehr Transparenz und Verfahrensrechte ein.

Menschenrechte

Die Arbeit im Menschenrechtsbereich stand im Zeichen der geplanten Errichtung eines Menschenrechtsrates. Die liechtensteinische Delegation beteiligte sich aktiv an den entsprechenden Verhandlungen und brachte diverse Vorschläge ein, so insbesondere einen Vorschlag zur Einführung eines innovativen Verfahrens zur Wahl der Mitglieder, des Rates, welcher dessen Glaubwürdigkeit erhöhen sollte. Daneben engagierte sich die liechtensteinische Delegation im Dritten Hauptausschuss der Generalversammlung, wo sie sich u.a. für eine Bekräftigung des absoluten Folterverbots und den Sondervertreter des Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten einsetzte. Auch an den Verhandlungen zu einer Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nahm Liechtenstein aktiv teil und übernahm erneut Vermittleraufgaben. Zu den weiteren Schwerpunkten des liechtensteinischen Engagements im Menschenrechtsbereich gehörten die Stärkung des Büros der Hochkommissarin für Menschenrechte und die Reform der Ausschüsse zur Überprüfung der verschiedenen Menschenrechtsübereinkommen.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit

Liechtenstein setzte sein Engagement zur Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts erfolgreich fort: So wurden die Verhandlungen unter liechtensteinischem Vorsitz über ein Zusatzprotokoll zur Konvention über den Schutz des UNO-Personals zu Ende gebracht; es ist dies die erste unter liechtensteinischer Leitung ausverhandelte multilaterale Konvention. Ein liechtensteinischer Kompromissvorschlag zur Definition von Terrorismus belebte die seit Jahren blockierten Verhandlungen über eine allgemeine Terrorismuskonvention, führte vorerst jedoch nicht zum Konsens. Die Arbeiten zur Definition des Verbrechens der Aggression im ICC-Statut, die ebenfalls von Botschafter Wenaweser geleitet werden, gewannen deutlich an Profil auf der Agenda der Vertragsstaaten, nachdem in Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein Institute on Self-Determination der Universität Princeton ein weiteres intersessionales Expertentreffen organisiert wurde. Im Rahmen der Verhandlungen zum Gipfel-Schlussdokument brachte Liechtenstein erfolgreich Vorschläge zur Stärkung der Aussagen zur Rechtsstaatlichkeit ein. Liechtenstein gab ausserdem die Kandidatur eines Mitarbeiters der Mission für den Vizevorsitz im Rechtsausschuss der 61. Session der Generalversammlung (2006/7) bekannt.

UNO-Reform

Die Vorbereitung des Weltgipfeltreffens im September 2005 in New York wurde für umfangreiche Verhandlungen zur Reform der Vereinten Nationen genutzt. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an diesem Prozess. Insbesondere leistete Botschafter Wenaweser intensive Vermittlerdienste zur Frage der Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates, dies in seiner Eigenschaft als Co-Vorsitzender der entsprechenden Arbeitsgruppe der Generalversammlung. Die diversen Initiativen zur Erweiterung des Sicherheitsrates liessen sich jedoch nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen, und nach dem Ende des Gipfeltreffens wird der Prozess auf absehbare Zeit kaum neue Dynamik erhalten. Der Weltgipfel beschloss jedoch eine Reihe von Reformmassnahmen in anderen Bereichen: So wurde die Einrichtung einer «Peacebuilding Commission» beschlossen, welche Ländern den Übergang von Konfliktsituationen zu nachhaltiger Entwicklung erleichtern soll, indem sämtliche Akteure an einen Tisch gebracht werden. Im Prinzip beschlossen, jedoch noch nicht im Detail umgesetzt wurde weiters die Einrichtung eines Menschenrechtsrates, der die stark in die Kritik geratene Menschenrechtskommission ersetzen soll. Hier engagierte sich die Vertretung besonders aktiv; Botschafter Wenaweser berief eine Reihe von Arbeitstreffen von Botschaftern verschiedener Regionen ein, um die Diskussionen voranzutreiben. Das Gipfeltreffen setzte ausserdem Massnahmen zur Reform des UNO-internen Managements, dessen Schwächen zuletzt im Rahmen des Oil-for-Food-Skandals hervorgehoben wurden. Im humanitären Bereich ist die Schaffung des «Central Emergency Response Fund» besonders hervorzuheben: Dieser soll die von der UNO geleistete humanitäre Hilfe insofern verbessern, als die häufig fatale zeitliche Lücke zwischen dem Eintreten einer Notsituation und der Bereitstellung von Mitteln durch einzelne Staaten geschlossen wird.

Generalversammlung

Weltgipfel September 2005

Das Gipfeltreffen vom 14. – 16. September 2005 war mit über 150 Staats- und Regierungschefs die bestbesuchte Veranstaltung der Geschichte der Vereinten Nationen. Regierungschef Otmar Hasler hielt dabei für Liechtenstein eine Ansprache an die Plenarversammlung. Neben Reformthemen (vgl. oben) standen Entwicklungsfragen im Mittelpunkt: Fünf Jahre nach der Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele wurde eine Bestandesaufnahme zu deren Umsetzung gemacht. Positive Entwicklungen sind v.a. in einigen Ländern Asiens zu verzeichnen; hingegen werden zahlreiche afrikanische Länder, v.a. im Bereich der Sub-Sahara, die Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Das Gipfeltreffen bekräftigte das Bekenntnis der entwickelten Staaten, die Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7% des Bruttonationalprodukts zu erhöhen. Die Vorbereitung des Gipfeltreffens wirkte ausserdem als Katalysator für eine Reihe von entwicklungsrelevanten

Beschlüssen in anderen Gremien. Neben den Themen Entwicklung und UNO-Reform behandelte der Gipfel auch Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, traf mangels Einigung jedoch keinerlei Aussagen zum Bereich Abrüstung. Immerhin wurde das in der UNO-Charta enthaltene Gewaltverbot bekräftigt. Eine Indossierung des Konzepts der frühzeitigen Selbstverteidigung («pre-emptive self-defence») blieb aus. Erfreulich sind ausserdem die Aussagen des Schlussdokuments betreffend den Schutz von Zivilisten: Zum ersten Mal wurde auf dieser hohen Ebene das Prinzip anerkannt, wonach Regierungen ihre Zivilbevölkerung vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen schützen müssen, widrigenfalls die internationale Staatengemeinschaft die Pflicht trifft, entsprechende Massnahmen zu setzen («Responsibility to Protect»).

Generaldebatte

Die alljährliche Generaldebatte fand im Anschluss an das Gipfeltreffen statt und war von über 110 Aussenministern und Aussenministerinnen sowie rund 20 Staatspräsidenten besucht. Thematisch wurden dabei hauptsächlich die Schwerpunkte des Weltgipfels wiederholt. Für Liechtenstein hielt Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 22. September 2005 eine Ansprache vor dem Plenum der Generalversammlung.

Arbeit in Ausschüssen

Die Ständige Vertretung setzte neben den ausserordentlichen und äusserst zeitintensiven Arbeiten zu Reform und Gipfelvorbereitung auch die Arbeit in den diversen Ausschüssen der Generalversammlung fort, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte (3. Ausschuss) und Völkerrecht (6. Ausschuss).

Sicherheitsrat

Ländersituationen

Der Sicherheitsrat befasste sich im Jahr 2005 vor allem mit den Situationen in Irak, Afghanistan, Nahost, Sudan, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo und der Elfenbeinküste. Durch die Ermordung des ehemaligen libanesischen Regierungschefs Hariri waren auch Syrien und Libanon ein Schwerpunkt der diesjährigen Sitzungen. Das Thema Iran fand noch nicht den Weg auf die formelle Agenda des Sicherheitsrates. Weltweit sind 15 Operationen zur Wahrung des Friedens im Einsatz (sieben in Afrika, eine in Nord-, Mittel- und Südamerika, eine in Asien, drei in Europa und drei im Mittleren Osten), sowie zwei politische Missionen (Afghanistan und Sudan). Die Kosten für friedenserhaltende Massnahmen steigen weiterhin an.

Thematische Schwerpunkte

Im Mittelpunkt der thematischen Aktivitäten des Sicherheitsrates steht weiterhin die Terrorismusbekämpfung. Inzwischen finden regelmässig alle drei Monate entspre-

chende Briefings der Vorsitzenden aller einschlägigen Ausschüsse des Sicherheitsrates statt (Counter-Terrorism Committee, Taliban/Al-Qaida-Sanktionenausschuss, Ausschuss betreffend Massenvernichtungswaffen), dabei ergreift in der Regel auch Liechtenstein das Wort. Im Gefolge der Anschläge in London wurde Resolution 1624 verabschiedet, welche die Staaten u.a. auffordert, auch die Anstiftung zu terroristischen Akten zu verhindern und zu verfolgen. Liechtenstein beteiligte sich ausserdem an Debatten zu den Themen «Frauen, Frieden und Sicherheit» (betreffend die Stärkung der Rolle von Frauen in Friedensprozessen), sowie an Debatten über den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und die Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten.

Internationaler Strafgerichtshof

Das Dossier des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wird durch die Ständige Vertretung in New York betreut, welche auch die Versammlung der Vertragsstaaten abdeckt (28. November – 3. Dezember 2005), mit Schwerpunkt Arbeitsgruppe Aggression. Die Zahl der Vertragsstaaten erreichte durch die Ratifikation Mexikos die Zahl 100. Höhepunkt in diesem Jahr war die Überweisung der Situation in Darfur an den Strafgerichtshof durch den UNO-Sicherheitsrat, dies trotz der Vorbehalte der USA gegen den ICC. Derzeit befinden sich drei Situationen im Untersuchungsstadium: Uganda (im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Lord's Resistance Army), Demokratische Republik Kongo (Region Ituri) und Sudan (Darfur); es wurden bereits die ersten Haftbefehle ausgestellt.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit erster Priorität werden die EFTA- und WTO-Agenden bearbeitet.

Im ersten Halbjahr 2005 hatte Liechtenstein den Vorsitz in der EFTA inne. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen dabei die Drittlandbeziehungen sowie die Organisation und Durchführung des EFTA-Ministertreffens unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 27. Juni 2005 in Vaduz.

In der Berichtsperiode konnten ein Freihandelsabkommen mit Korea unterzeichnet sowie Verhandlungen mit Thailand lanciert werden. Die Verhandlungen mit den SACU-Staaten (SACU: Zollunion des südlichen Afrikas, bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland) konnten ebenfalls praktisch abgeschlossen werden. Zudem trat das Freihandelsabkommen mit Tunesien am 1. Juni 2005 in Kraft. Hingegen konnten die Verhandlungen

mit Ägypten und Kanada bisher nicht reaktiviert werden. Mit mehreren Partnerstaaten fanden zudem Treffen zur Pflege und Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen statt.

In Bezug auf die WTO befasste sich die Ständige Mission vor allem mit der neuen Welthandelsliberalisierungsrunde, die im November 2001 in Doha/Katar lanciert wurde. Mitte Dezember 2005 fand in Hongkong eine Ministerkonferenz statt, an welcher beschlossen wurde, die für die Schlussverhandlungen notwendigen Modalitäten bis Ende April 2006 zu verabschieden und am Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2006 festzuhalten. Der neue WTO-Generalsekretär, Pascal Lamy, trat am 1. September 2005 sein Amt an.

In Bezug auf die UNO und andere internationale Organisationen in Genf waren die wichtigsten Ereignisse die Teilnahme an der UNO-Menschenrechtskommission (14. März bis 22. April 2005), an diversen Vertragsstaatentreffen sowie an der Rotkreuz-Konferenz zum Emblem / III. Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen. Ansonsten musste sich die Mission im UNO-Bereich weitgehend auf die Wahrnehmung der Routinetätigkeiten und auf die notwendige Pflege der Beziehungen beschränken.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Im ersten Halbjahr 2005 hatte Liechtenstein den EFTA-Vorsitz in Genf inne. Die Wahrnehmung der EFTA-Agenden stellte in dieser Periode den Schwerpunkt der Tätigkeiten der Mission dar. Die EFTA-Aktivitäten in Genf konzentrieren sich auf die EFTA-Drittlandbeziehungen, d.h. im Wesentlichen auf den Abschluss von Freihandelsabkommen. Ziel ist es, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können.

Am 27. Juni 2005 fand zum zweiten Mal nach 2001 ein EFTA-Ministertreffen in Vaduz statt. Das Treffen wurde von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck geleitet. Die EFTA-Minister trafen gleichzeitig auch mit dem EFTA-Parlamentarier- sowie dem EFTA-Konsultativkomitee zusammen. Ein weiteres EFTA-Ministertreffen fand am 29. November 2005 in Genf statt. An diesem Treffen nahm ebenfalls Regierungsrätin Rita Kieber-Beck teil.

Am 15. Dezember 2005 konnten die EFTA-Staaten am Rande des WTO-Ministertreffens in Hongkong mit der Republik Korea ein weiteres Freihandelsabkommen unterzeichnen. Für Liechtenstein unterzeichnete Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Das Abkommen deckt alle wichtigen Bereiche der Handelsbeziehungen ab, einschliesslich des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, des öffentlichen Beschaffungswesens, des Wettbewerbs und des geistigen Eigentums. Es enthält ferner Bestimmungen zur Streitbeilegung. Darüber hinaus haben die EFTA-Staaten und Korea bilaterale Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen abgeschlossen. Korea ist gleichzeitig ein Investitionsabkommen mit Island, Liechtenstein und der Schweiz eingegangen. Es wird erwartet, dass das Abkommen

namhafte Vorteile für die liechtensteinische Industrie bringen wird. Die EFTA verfügt somit nun über 15 Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Zudem sind die Freihandelsverhandlungen mit den SACU-Staaten praktisch abgeschlossen und das Freihandelsabkommen kann voraussichtlich im Frühjahr 2006 unterzeichnet werden. Das Freihandelsabkommen mit Tunesien trat am 1. Juni 2005 in Kraft. Mit Thailand fand im Oktober eine erste formelle Verhandlungsrunde statt. Zudem wurde mit Indonesien die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Freihandelsabkommen vereinbart, was im Jahr 2007 die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen erlauben könnte. Die Verhandlungen mit Ägypten und Kanada konnten trotz entsprechender Bemühungen noch nicht reaktiviert werden. Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiter entwickelt. In diesem Jahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse statt mit den Freihandelspartnern Mexiko, Israel (hier konnte die langjährige Ursprungsproblematik betreffend die besetzten Gebiete erfolgreich bereinigt werden) und Kroatien, sowie unter den Zusammenarbeitserklärungen mit Algerien, Albanien und der Ukraine. Mit den Mercosur-Staaten (Mercosur: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay – Chile ist nicht Mitglied, aber assoziiert) traf man sich in der Berichtsperiode für einen Informationsaustausch.

An den Treffen der EFTA-Parlamentarier und –Parlamentarierinnen im Jahre 2005 war Liechtenstein durch die Landtagsabgeordneten Franz Heeb und Henrik Caduff vertreten. Josef Beck als Vertreter der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie Albert Jehle und Sigi Langenbahn als Vertreter des liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes nahmen an Treffen des EFTA-Konsultativkomitees, einem Forum der Sozialpartner, teil.

Welthandelsorganisation (WTO)

Im November 2001 wurde in Doha/Katar eine neue WTO-Welthandelsliberalisierungsrunde lanciert. Auch im Berichtsjahr erwiesen sich die entsprechenden Verhandlungen als zeitintensiv. Im zweiten Halbjahr nahmen zusätzlich auch die Vorbereitungen für die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong und das Verfassen einiger Grundsatzpapiere zu den liechtensteinischen Problemstellungen in den WTO-Verhandlungen viel Zeit in Anspruch. Die vorrangige Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO) besteht in der schrittweisen Liberalisierung des Welthandels. Inhalt der laufenden Welthandelsrunde ist demzufolge die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks. Diese Zielsetzungen und Verhandlungsinhalte sind grundsätzlich alle im Interesse Liechtensteins. Als Kleinstaat ist Liechtenstein nicht nur auf den Zugang zu den Weltmärkten, sondern auch auf verlässliche Spielregeln und auf durchsetzbares Recht im Welthandel angewiesen,

beispielsweise auf einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus.

Die Verhandlungen in Genf haben sich als sehr zäh erwiesen. Stolperstein für raschere Verhandlungsschritte waren vor allem die Agrarverhandlungen. Obwohl Ende Juli 2004 eine wesentliche Zwischenstufe sichergestellt werden konnte, musste die Zielsetzung für das Ministertreffen in Hongkong, an welchem Liechtenstein durch Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Botschafter Norbert Frick vertreten war, zurückgenommen werden. Das Abschlussdokument von Hongkong sieht nun vor, die Modalitäten (ein bereits relativ eng formulierter Rahmen mit konkreten Zahlen und Formeln) bis Ende April 2006 zu verabschieden und am Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2006 festzuhalten.

Am 1. September trat der neue WTO-Generaldirektor, der frühere EU-Kommissar Pascal Lamy, sein Amt an. Seine Bestätigung durch den WTO-Generalrat erfolgte im Konsens nach einem längeren Auswahlverfahren.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Die Ständige Mission ist für die Wahrnehmung der Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf zuständig. Vor allem aufgrund der beschränkten Personalressourcen muss die Mission der Mitarbeit in den Gremien der UNO nachgeordnete Priorität einräumen. Die Ständige Mission in Genf beschränkt sich in der Regel auf die Wahrnehmung von unerlässlichen Konferenzen, von Routinetätigkeiten sowie von Verpflichtungen, die Liechtenstein aus der Mitgliedschaft bei der UNO und deren Spezialorganisationen und Sonderorganen mit Sitz in Genf erwachsen.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Mission vertreten Liechtenstein an verschiedenen Treffen oder Konferenzen, z.B.:

- 51. Session der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 14. März bis 22. April 2005 (Botschafter Norbert Frick, Botschafter Christian Wenaweser sowie weitere Delegationsmitglieder aus Vaduz);
- Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II (Landminenprotokoll zum Übereinkommen über konventionelle Waffen);
- Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen;
- Konferenz zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe;
- Rotkreuz-Konferenz zum Emblem / III. Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen; etc.

Darüber hinaus nahm der Ständige Vertreter während des ganzen Jahres an zahlreichen gesellschaftlichen Anlässen teil.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Bei den in Wien ansässigen UNO-Organisationen verfolgt Liechtenstein in erster Linie Aktivitäten des Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO). Die Ständige Vertretung in Wien hält die zuständigen Stellen in Liechtenstein über die Entwicklungen innerhalb dieser Organisationen informiert und vertritt liechtensteinische Positionen in den verschiedenen UNO-Gremien in Wien.

Konferenzen

Die liechtensteinische Vertretung nahm im Jahr 2005 an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission, der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege sowie der Internationalen Atomenergiebehörde teil. Für diese Konferenzen kamen auch Experten aus Liechtenstein zur Unterstützung nach Wien.

Akkreditierung

Im Juli 2005 wurde I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer bei der Internationalen Atomenergiebehörde und bei der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests akkreditiert. Bei der Internationalen Atomenergiebehörde ist Liechtenstein seit 1968 Mitglied. Den Vertrag über das umfassende Verbot von Atomtests der CTBTO hat Liechtenstein im Jahre 1996 unterzeichnet und 2004 ratifiziert.

Liechtensteinische Beiträge

Liechtenstein hat im Jahr 2005 beschlossen, einen Teil beschlagnahmter Gelder aus einem Drogendelikt den Vereinten Nationen ab 2005 für einen Zeitraum von vier Jahren zukommen zu lassen. Konkret soll das UNODC im Kampf gegen Geldwäsche (GPML), Terrorismus, Korruption und Drogenanbaukulturen in verschiedenen Ländern unterstützt werden. Ausserdem ist geplant, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) einen Finanzexperten zur Verfügung zu stellen.

UNO-Übereinkommen gegen Korruption

Am 14. Dezember 2005 ist das UNO-Übereinkommen gegen Korruption in Kraft getreten. Das Übereinkommen ist das einzige globale Instrument zur umfassenden Bekämpfung von Korruption.

UNO-Basar

Die Liechtensteinische Vertretung in Wien hat erstmals am alljährlich stattfindenden UNO-Basar in Wien teilgenommen, an welchem Gelder für karitative Projekte auf

der ganzen Welt gesammelt wurden. Am Basar wurden zu diesem Zweck diverse liechtensteinische Produkte zum Kauf angeboten. Die Produkte wurden von liechtensteinischen Firmen und von der Stiftung Image Liechtenstein kostenlos zur Verfügung gestellt.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Ständige Vertretung Liechtensteins bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat die aktive Teilnahme und konstruktive Zusammenarbeit Liechtensteins in sämtlichen Gremien der OSZE fortgesetzt. Liechtenstein hat an diversen Fachkonferenzen und Seminaren der OSZE teilgenommen und dabei liechtensteinische Standpunkte und Erfahrungen auf den verschiedenen Gebieten dargelegt. Liechtenstein war innerhalb der OSZE ein aktives Mitglied der so genannten Gruppe der Likeminded Countries (Kanada, Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein) und hat zudem eine Reihe von OSZE-Projekten unterstützt. Zur Zeit arbeitet eine liechtensteinische Staatsbürgerin im OSZE-Sekretariat.

Slowenien im Vorsitz 2005

Die OSZE stand 2005 unter dem slowenischen Vorsitz. Die OSZE-Führungstroika setzte sich damit aus den OSZE-Teilnehmerstaaten Bulgarien, Slowenien und Belgien zusammen.

Ministerrat in Laibach, Slowenien

Das Hauptereignis in der OSZE war die Tagung des 13. Ministerrats vom 5./6. Dezember in Laibach. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertrat dabei Liechtenstein. Der Ministerrat beschloss, den Dialog über die Reformbemühungen im Jahr 2006 fortzusetzen. Liechtenstein hat sich im Vorfeld des Ministerrates von Laibach aktiv und mit eigenen Vorschlägen in die Reformdiskussion eingebracht. Die Minister und Ministerinnen verabschiedeten gemeinsame Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens. Eine Reihe anderer Beschlüsse wurde insbesondere im Bereich der menschlichen Dimension gefällt, mit dem Zweck der Förderung der Toleranz und Nicht-Diskriminierung und der verbesserten Ausbildung und Training in Menschenrechtsfragen.

Wirtschaftsforum in Prag, Tschechien

Liechtenstein war am 13. OSZE-Wirtschaftsforum in Prag durch Minister Günter Frommelt vertreten. Wie in den Vorjahren hat Liechtenstein dabei auf die ungelösten ver-

mögensrechtlichen Fragen in Bezug auf die Tschechische Republik hingewiesen. Darüber hinaus ist Liechtenstein auf das Generalthema der Konferenz eingegangen und hat einen Länderbericht zum Thema «Demografische Trends, Migration und Integration in Liechtenstein» vorgelegt.

Freiwillige Unterstützung

Liechtenstein unterstützte mit freiwilligen Beiträgen verschiedene OSZE-Aktivitäten, zum Beispiel den Weisenrat zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE, ein Programm zur Wahrung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus oder ein gezieltes Projekt zum Problem Gewalt gegen Frauen zum Zweck der Vorbeugung des Frauenhandels in Moldawien.

STIFTUNGEN

Liechtensteinischer Entwicklungsdienst - LED

Präsidentin: Marie Louise Eberle
Geschäftsführer: Dr. Rudolf Batliner

Auch im Jahr 2005 stand die Bearbeitung, Betreuung und Kontrolle der Projekte in Afrika und Lateinamerika im Mittelpunkt der Tätigkeit von Stiftungsrat und Geschäftsstelle. Für die Zusammenarbeit in Osteuropa und Asien wurde mit Pius Frick eine neue Person eingestellt. Im Stiftungsrat gab es starke Veränderungen, da fünf Personen ersetzt wurden.

In der Öffentlichkeitsarbeit in Liechtenstein standen vier Anlässe im Mittelpunkt: das vierzigste Jubiläum, die Aidsausstellung mit anderen Partnern aus Liechtenstein, die Tagung MicroFinance als Beitrag zum UNO-Jahr des Mikrokredits und das Afrika-Fäscht.

Stiftungsrat, Geschäftsstelle, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Stiftungsrat

Im Berichtsjahr war der Stiftungsrat folgendermassen zusammengesetzt:

Mitglied	Bestellungsorgan
Eberle Marie Louise, Triesenberg, Präsidentin	Regierung
Looser Lore, Triesen, Vizepräsidentin	Regierung (bis Mai)
Lorenz Jehle, Schaan, Vizepräsident	Regierung (ab Juni)
Mag. Batliner Brigitte, Vaduz	Verein Welt und Heimat
Bicker Gerda, Triesen	Verein Welt und Heimat
Dr. Marxer Marianne, Vaduz	Liechtensteinisches Rotes Kreuz

Mitglied	Bestellungsorgan
Biedermann Josy, Planken	Regierung (bis Mai)
Melanie Konrad, Triesenberg	Regierung (ab Juni)
Frick Manfred, Eschen	Regierung (bis Mai)
Lic. phil. II Gstöhl Andreas, Vaduz	Regierung (ab Juni)
Lic. phil. I Goop Franz Xaver, Mauren	Regierung (bis Mai)
Dr. Manfred Oehry, Ruggell	Regierung (ab Juni)
Dr. Hagen Rudolf, Vaduz	Liecht. Industrie- und Handelskammer (bis Mai)
Ernst Vedana, Schaan	Liecht. Industrie- und Handelskammer (ab Juni)

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu sieben Sitzungen, über deren Beschlüsse die Protokolle Auskunft geben. Ausserdem hatte er im Oktober eine Klausurtagung zur Reflexion der Strategie. Das Leitungsteam, bestehend aus der Präsidentin, der Vize-Präsidentin, dem Geschäftsführer und der Sachbearbeiterin für Finanzen, hatte neun Sitzungen.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle war mit folgenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besetzt:

- Dr. Rudolf Batliner, Geschäftsführer und Sachbearbeiter Lateinamerika (70%)
- Frau Ute Mayer, Sachbearbeiterin für Afrika und Öffentlichkeitsarbeit (100%)
- Frau Tamara Büchel, Sachbearbeiterin Finanzen und Sekretariat (80%)
- Herr Pius Frick, Sachbearbeiter für Osteuropa und Asien (ab 1. März, 80%)

Zur Struktur des LED gehören auch die beiden Aussenstellen in Harare und Cochabamba.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

- Dr. Heinz Frick, Architekt, 1.1.1999 - 31.12.2007, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Dozent und Fachbuchautor mit inhaltlicher Verantwortung für den Bereich ökologisches Bauen
- Petra Widmer, Umweltwissenschaftlerin, 1.3.2004 - 28.2.2006, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Organisation und Dokumentation einer internationalen Fachtagung zu ökologischem Bauen, Erstellung von Lehrmitteln und Unterricht im Masterprogramm für Umwelt und Stadtplanung
- Roman Dudler, Primarlehrer, 1.3.2003 - 31.12.2007, Costa Rica, ICER, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen den fünf Radioschulen in Zentralamerika fördern
- Kurt Künzle, Elektro-Telematiker, 1.7.2004 - 30.6.2007, Nicaragua, Berufsschule INATEC, Aufbau der Elektroabteilung
- Heinz Meyerhans, Gymnasiallehrer, 1.8.2004 - 31.7.2005, Indien, Projekt «Science meets Dharma», Unterricht für tibetanische Mönche in modernen Naturwissenschaften

- Johanna Forster-Sele, Kindergärtnerin, 1.10.2004 - 30.9.2007, Tansania, Adilisha, Unterstützung der Organisation bei der Erarbeitung von Elternbildung, Kurse für «Life Skills» für Jugendliche und eines Programms für Nachhilfeunterricht in den Dorfgemeinschaften
 - Markus Forster, Schreiner und Sozialarbeiter, 1.10.2004 - 30.9.2007, Tansania, Kivulini, HIV/Aidsprävention und Unterstützung der Frauenrechtsorganisation bei einkommensgenerierenden Tätigkeiten
 - Marion Plüss, Hotelfachfrau, 1.8.2005 - 31.7.2008, Bolivien, CEDESCO, Aufbau der Hotellerie und des Restaurants für ein Bildungs- und Tagungszentrum
- Im Jahr 2005 absolvierten 16 Personen ein Praktikum und leisteten 67 Monate Einsatz: Rudolf Robinigg und Sebastian Goop in Bolivien, Grace Rosanova, Samuel Goop und Sebastian Casas in Peru, Manuela Schmid und Christel Kaufmann in Nicaragua, Lino Moragon und Nicole Matt in Costa Rica, Amanda Willi in Brasilien, Reto Mündle und Eva Frommelt in Benin, Jeannine Niedhart in Zimbabwe, Karin Goop in Südafrika, Flurina Seger in Nepal und Judith Kindle in Indonesien.

Die Kosten für die Fachleute und Praktikanten/Praktikantinnen im Ausland beliefen sich auf CHF 572 698.50.

Liechtensteiner Missionare

Im Jahr 2005 wirkten folgende liechtensteinische Ordensleute in Afrika und Südamerika:

- Sr. Rebecca Frick in Moro, Peru
- Br. Stefan Frommelt in Umtata, Eastern Cape, Südafrika
- Sr. Leoni Hasler in Tsumeb, Namibia
- P. Josef Oehri in Angola

Öffentlichkeitsarbeit

Das Berichtsjahr 2005 zeichnete sich durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit aus. Seit dem 23. März hat der LED eine eigene Homepage. Sie wurde anlässlich der Jubiläumsfeier im vollen TAK lanciert. Im März und im September wurde der «Blickwechsel» zu den Themen «40 Jahre LED» und «MicroFinance» über die Landeszeitungen an alle Haushalte des Landes verteilt. Koordiniert von der «Aktion wir teilen» beteiligte sich der LED mit anderen Organisationen und den beiden Bildungshäusern an der Fotoausstellung «Leben und Sterben im Zeichen von Aids» und an der Aidspetition, die am 15. Juni mit 1 171 Unterschriften von den Landtagsabgeordneten Josy Biedermann, Harry Quaderer und Pepo Frick dem Landtagspräsidenten übergeben wurde. Im Mai war der LED Mitveranstalter der internationalen Tagung «Mehrwert Mensch», an der Dr. Ernst Walch und Klaus Risch, Hilti AG, liechtensteinische Erfahrungen und Standpunkte einbrachten. Das Afrika-Fäscht mit dem TAK war gut besucht. Neben dem Jubiläum war die Tagung «MicroFinance» der zweite Höhepunkt des Jahres. Sie wurde in Zusammenarbeit mit Swisscontact, der Hilti Familienstiftung und dem Liechtensteinischen Bankenverband organisiert. Über 100 Personen - unter ihnen S.D. Erbprinz Alois und Regierungschef Hasler - konnten sich an der

Hochschule Liechtenstein über diesen entwicklungspolitisch relevanten Ansatz zur Investition von Vermögen informieren.

Der LED verdoppelte 92 Aktionen von Schulen, Vereinen, Sternsingern, Firmlingen, Firmen usw. Der an Projekte überwiesene Betrag betrug CHF 1 055 383.50. Der LED hat dazu CHF 461 313.50 beigesteuert.

Projekte und Finanzen

Finanzen: Ausser den vom Landtag bewilligten Mitteln in der Höhe von CHF 10 620 000 gingen beim LED verschiedene private Spenden im Umfang von CHF 1 440 996.90 ein.

PROJEKTLISTE 2005

2005_1	Diverse Beiträge (insgesamt 40) (Projektbeiträge bis CHF 25 000)	645 396.00
2005_2	Verdoppelungen (92 Aktionen) Weitergeleitete Spendenbeiträge	461 314.50 1 440 996.90

Diese weitergeleiteten Spendenbeiträge setzen sich zusammen aus CHF 806 469 von einer privaten liechtensteinischen Stiftung für die Finanzierung von Grossprojekten, CHF 594 068.75 über Verdoppelungsaktionen und CHF 40 765.05 aus Zuwendungen von Privatpersonen.

Grossprojekte: Im Einzelnen wurden vom Stiftungsrat folgende Projekte und Programme genehmigt:

No.	Dauer	Land	Name	Betrag CHF
101	2002/04	Bolivien	Berufliche Aus- und Weiterbildung im Barrio Plan 3000	118 613.00
102	2004/06	Bolivien	Aus- und Weiterbildung für berufstätige Jugendliche	115 749.00
103	2004	Bolivien	Wechselseitige Krankenkasse in Sucre und Umgebung	86 683.80
104	2005/06	Bolivien	Umweltgerechte Entsorgung von Spitalsabfällen (M)	220 000.00
105	2003/05	Bolivien	Löhne der Klinik im Ortsteil Vino Tinto	57 600.00
106	2002/06	Bolivien	Frauenbildungszentrum Granja Hogar	131 485.50
107	2002/05	Bolivien	Bildung und Gesundheit	70 000.00
107	2006/08	Bolivien	Bildung und Gesundheit	70 000.00
108	2005	Bolivien	Löhne für das Bildungszentrum CEFOI	12 675.00
109	2005/06	Bolivien	Frauenleben ohne innerfamiliäre und sexuelle Gewalt	175 239.00
121	1004/06	Peru	Tarea - Institutionelle Unterstützung	216 667.00
122	2004/06	Peru	EDUCA, Verbesserung der Bildung an staatlichen Schulen	222 222.00
123	2004/06	Peru	EDUVIDA - Bildung für ein gesundes Leben	156 100.00
128	2002/04	Peru	Bildung und Frauenförderung	93 182.00
129	2005/08	Peru	Ausbildung von zweisprachigen Lehrpersonen	80 033.00
141	2005/07	Nicaragua	Stärkung der praktischen Ausbildung	100 000.00
143	2004/06	Nicaragua	Nachhaltige landwirtschaftliche Produktion in Siuna	58 957.35
147	2002/05	Nicaragua	Ausbildung von Lehrpersonen in ländlichen Gemeinden	21 250.00
148	2003/05	Nicaragua	Entsendung von Fachleuten	128 000.00
150	2003/05	Nicaragua	Sodis - solare Wasserentkeimung	150 000.00
151	2005	Nicaragua	Mehrzwecksaal und Schullabor in Laguna de Perlas	108 840.00
160	2004/05	Zentralamerika	Synergien «El Maestro en Casa» Zentralamerika	60 000.00
160	2006/07	Zentralamerika	Synergien «El Maestro en Casa» Zentralamerika	81 275.00
162	2005/06	Costa Rica	Erweiterung des Sendegebietes der «Kleinen Kultursender»	220 000.00
163	2005/07	Costa Rica	Institutionelle Unterstützung ICER	225 000.00
164	2002/06	Haiti	Rehabilitation von unterernährten Kindern	34 505.00
165	2005	Brasilien	Renovation des Amparo Social (M)	120 000.00
201	2005/07	Mozambique	Chiure Distrikt Gesundheitsversorgung	500 000.00
204	2004/07	Mozambique	Hilfe auf kommunaler Ebene für Aids-Waisen	197 267.00
206	2005/08	Mozambique	Gesunde Dörfer in Südofala	425 634.00
207	2005/08	Mozambique	Gesunde Dörfer in Südofala, Machanga (M)	266 469.00
209	2002/06	Mozambique	Aidsprävention, positives Leben und Empowerment	330 468.00
210	2004/06	Mozambique	Bildungsprogramm in Maputo und Cabo Delgado	256 500.00
221	2004/06	Zimbabwe	PSDC Berufliche Ausbildung im ländlichen Raum	94 362.00
222	2004/06	Zimbabwe	Umweltbildung in ländlichen Gemeinden	81 419.00
224	2003/06	Zimbabwe	Ausbildungsprogramm und Bewässerung	88 760.25
242	2005/06	Sambia	Aidsprogramm in der Südprovinz von Sambia	171 985.00
243	2003/05	Sambia	Palabana Kinderdorf für Aidswaisen (M)	200 000.00
244	2005/06	Sambia	Bildungszentren in der Südprovinz von Sambia	65 178.00
261	2004/05	Malawi	Integrales Gesundheitsprojekt	360 000.00

No.	Dauer	Land	Name	Betrag CHF
271	2004/06	Nambia	Aids-Programm in der Erongo Region	50 000.00
272	2005	Nambia	Fahrzeug für das Sr. Leoni Care Centre	44 700.00
275	2002/05	Tansania	Finanzierung eines Projektmitarbeiters von w3w	58 520.00
276	2005/07	Kenia	Internetplattform für ökologische Kontrolle von Pflanzenschädlingen	50 000.00
301	2005/08	Burkina Faso	Förderung des Handwerkssektors und des Berufsbildungssystems	342 000.00
302	2005/07	Burkina Faso	Gesundheit und Ernährung für Mutter und Kind	202 950.00
305	2003/04	Burkina Faso	Entwicklungsprogramm ländlicher Raum	275 017.00
321	2001/05	Mali	Förderung des Anbaus von Biobaumwolle	68 400.00
322	2005/07	Mali	Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft	80 000.00
323	2002/05	Mali	Unterstützung des Privatsektors im Bereich Wasser	34 200.00
331	2004/05	Niger	Sicherung der Ernährung im Dorf Boura	115 800.00
332	2005/06	Niger	Bessere Chancen für arbeitslose Jugendliche	342 000.00
341	2003/05	Senegal	Nachhaltige Landwirtschaft in der Region Fimela	32 023.90
342	2005/07	Senegal	Dezentralisierung in Nioro du Rip	82 539.00
343	2002/05	Senegal	Stärkung von Produzentenorganisationen	1 364.00
345	2002/05	Senegal	Unterstützung von Frauen im Bereich Fischfang	138 127.25
346	2005/07	Senegal	Heilpflanzen und traditionelle Pflanzenmedizin	193 445.00
347	2003/06	Senegal	Aids-Aufklärung in der Region Thiadiaye	127 606.90
348	2004/07	Senegal	Frauenförderung in der Region Thiès	63 715.20
349	2004/06	Senegal	Förderung der Biobaumwolle	150 000.00
350	2005/06	Senegal	Nachhaltiges Ressourcenmanagement in Notto und Tassette	75 000.00
361	2004/06	Benin	Waldschutzprogramm in Tobé	60 000.00
460	2004/06	Tadschikistan	Odamaiyat Gesundheitszentrum	50 000.00
461	2004/06	Tadschikistan	Odamaiyat Spitex Dienst	50 000.00
470	2005	Rumänien	Hilfe für Überschwemmungen in Banat	25 000.00
471	2004/05	Rumänien	Strasskinderprojekt in Bukarest	50 000.00
472	2005	Rumänien	Bildung für marginalisierte Kinder	30 000.00
481	2005	Russland	Renovation eines Krankenhauses für Haut- und Geschlechtskrankheiten	36 000.00
482	2005	Tschetschenien	Bildungsprojekt für gefährdete Jugendliche	23 460.00
				9 024 005.15

Evaluationen: Der LED liess zwei Projekte von externen Fachleuten evaluieren. Beide Evaluationen gaben die Empfehlung zur Weiterführung der Zusammenarbeit ab, im Falle des Gesundheitsprojektes in Bolivien allerdings mit starken Korrekturen.

Projektbesuche: Im Berichtsjahr wurden fünf Projektbesuche durchgeführt. Im Januar war Rudolf Batliner für einen Fortbildungskurs für Berufsschullehrer in Nicaragua und für die Planung einer weiteren Unterstützungsphase in Costa Rica. Im Mai besuchten Pius Frick und Rudolf Batliner die LED Projekte in Peru. Im Juni flog Ute Mayer ins südliche Afrika, um die Projekte in Malawi, Sambia und Zimbabwe zu kontrollieren. Pius Frick ging im Oktober nach Moldau, um die Situation in diesem neuen Schwerpunktsland des LED vor Ort kennen zu lernen und um eine Unterstützungsstrategie auszuarbeiten. Schliesslich besuchte Rudolf Batliner ein Projekt in Bolivien, um mit dem Projektpartner die nötigen Schritte aus der externen Evaluation zu ziehen.

